

Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2011

**Hamburger Lebensversicherung Aktiengesellschaft,
Wiesbaden**

**Bericht
über das Geschäftsjahr
2011**

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Verwaltungsorgane	1
Lagebericht	
Bericht des Vorstands	2
Versicherungsarten	16
Bewegung und Struktur des Versicherungsbestandes im Geschäftsjahr 2011	17
Jahresabschluss	
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011	19
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	21
Anhang für das Geschäftsjahr	
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	23
Erläuterungen zur Jahresbilanz	26
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	34
Sonstige Angaben	35
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	36
Gewinnverwendungsvorschlag	37
Bericht des Aufsichtsrats	38
Weitere Angaben zum Anhang: Überschussbeteiligung für das Jahr 2012	39

Hamburger Lebensversicherung
Aktiengesellschaft
65189 Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Park 1

Verwaltungsorgane

Aufsichtsrat

Paul Kerst Medendorp,
Vorsitzender
Mitglied des Executive Board der Delta Lloyd N.V., Amsterdam

Sven Williamson
Stv. Vorsitzender
Direktor Planung, Controlling & Aktuariat Delta Lloyd Schadeverzekeringen N.V.,
Amsterdam

Prof. Dr. Elmar Helten
Universitätsprofessor emeritiert, München

Vorstand

Christof W. Göldi,
Vorsitzender

Marketing
Informationstechnologie
Personal
Allgemeine Verwaltung
Revision
Compliance
Unternehmensplanung
Controlling
Versicherungstechnik
Firmengeschäft
Risikomanagement

Heinz-Jürgen Roppertz
Ordentliches Vorstandsmitglied

Aktuariat
Rechnungswesen
Grundbesitz
Vermögensanlage
Hypotheken

Lagebericht der Hamburger Lebensversicherung

Bericht des Vorstandes

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft konnte sich nach der schweren Rezession der Jahre 2008 und 2009 wieder gut erholen. Nachdem sich das globale Wirtschaftswachstum 2010 um real 4,8 Prozent verbessern konnte, dominierte auch im ersten Halbjahr 2011 die Zuversicht auf einen anhaltenden Aufschwung der Weltwirtschaft. Dies änderte sich aber im zweiten Halbjahr 2011 aufgrund der Katastrophen in Japan, den Ängsten vor einer Rezession in den USA sowie der Zuspitzung der Schuldenkrise im Euroraum. Nach Schätzungen für 2011 ist von einem weltweiten realen BIP – Wachstum von rund 3,5 Prozent auszugehen. Einen wesentlichen Anteil an diesem Wachstum haben die Schwellenländer China und Indien mit Wachstumsraten von voraussichtlich 9,2 Prozent und 7,5 Prozent für 2011. Für den Euroraum ist voraussichtlich nur mit einem Wachstum von 1,6 Prozent zu rechnen.

Nachdem die deutsche Volkswirtschaft beim realen Bruttoinlandsprodukt einen Anstieg in 2010 von rund 3,6 Prozent vorweisen konnte, wird auch für das Jahr 2011 mit einem weiteren positiven Anstieg gerechnet. So wird ein Wachstum von rund 3,0 Prozent erwartet. Deutschland zeigt damit innerhalb Europas eine überdurchschnittliche Wachstumsrate für 2011. Der höhere Konsum in Deutschland sowie die gestiegenen Investitionen und der weiterhin expansive Außenhandel sind dabei die wesentlichen Impulse für diesen Anstieg.

Der höhere Konsum in Deutschland wurde ermöglicht durch die auch weiterhin positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. So wird auch für 2011 mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf voraussichtlich unter 7 Prozent gerechnet. Damit hätte sich die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr um rund eine viertel Million verringert. Zudem war der höhere Konsum auch möglich, da sowohl in 2010 als auch in 2011 reale Einkommenszuwächse erzielt wurden.

Die Entwicklung an den Aktienmärkten war geprägt durch die Schuldenkrise, die viele Anleger verunsichert hat, sowie durch die Angst vor einem Wirtschaftsabschwung ab Mitte des Jahres 2011. Der deutsche Leitindex DAX, der zu Beginn des Jahres bei 6.995 Punkten stand, verlor rund 1000 Punkte oder gut 16 Prozent auf 5898 Punkte zum Vorjahresschlusswert. Dabei zeigte sich der DAX im Verlauf des Jahres durchaus volatil mit Höchstwerten von 7.600 Punkten, denen mit 4.966 Punkten die niedrigsten Werte im September 2011 gegenüber standen.

Kurzfristige Anlagen in Zinspapiere sind wie im Vorjahr auf sehr niedrigem Niveau verblieben. Dies ist zum einen eine Auswirkung der Maßnahmen der Europäischen Zentralbank, sowie der Unsicherheit der Anleger geschuldet. Die Umlaufrenditen deutscher 10jähriger Staatsanleihen zeigten sich 2011 überaus volatil mit Renditen zwischen 3,50 Prozent im April und 1,64 Prozent im September. Zum Jahresultimo 2011 wurden für 10jährige Bundesanleihen 1,88 Prozent gegeben. Im Vergleich mit anderen europäischen Staatsanleihen gelten Bundesanleihen als safe heaven, sind im Vergleich zu den volkswirtschaftlichen Grunddaten aber überbewertet.

Lebensversicherungsmarkt

Nach einer Schätzung des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) werden die gebuchten Brutto-Beiträge gegenüber dem Vorjahr auf 83,0 Mrd. Euro zurückgehen. Das entspricht einem Rückgang von rund 4,8 Prozent. Dabei war vor allem im Bereich der Einmalbeiträge ein Rückgang hin zur Normalisierung absehbar. Immerhin wurden aber noch rund 21,95 Mrd. Euro (Vorjahr: 26 Mrd. Euro) an Einmalbeiträgen gebucht.

Dagegen erzielten die Lebensversicherer in Deutschland ein positives Wachstum bei den laufenden Beiträgen von 0,8 Prozent auf 61,04 Mrd. Euro bei nur leicht steigender Anzahl der Verträge. Die Bestände der Lebensversicherungsgesellschaften nach Stückzahl waren 2011 rückläufig. Das ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass viele Verträge des sehr erfolgreichen Vertriebsjahres 1999 nach jetzt zwölf Jahren abgelaufen sind. Wie in den Vorjahren fällt es der Lebensversicherungsbranche schwer, ablaufende Versicherungsbestände durch Anlage gegen laufenden Beitrag zu ersetzen.

Der Trend zugunsten von Lebensversicherungen mit rentenförmigen Auszahlungen setzte sich auch in 2011 fort. Die große Bedeutung von Rentenversicherungen für das Neugeschäft zeigt sich daran, dass deren Anteil am Neugeschäft gemessen am Beitrag über 70 Prozent beträgt. Der Anteil der Anzahl von Rentenverträgen am gesamten Neugeschäft macht gut 50 Prozent aus.

Von besonderer Bedeutung für die Lebensversicherungsbranche war die Entscheidung des Bundesfinanzministeriums im Februar 2011, den Rechnungszins von 2,25 Prozent auf 1,75 Prozent mit Wirkung zum 01.01.2012 abzusenken. Zudem hat die BaFin mit Wirkung für den Jahresabschluss 2011 vorgeschrieben, eine Zinszusatzreserve zu bilden und aufzubauen. Diese Maßnahme wird die Deckungsrückstellung der Lebensversicherer in Zeiten dauernd niedriger Zinsen stärken. Der Europäische Gerichtshof hat zudem in seiner Urteilsverkündung die Risikodifferenzierung nach Geschlecht verboten. Ab Ende 2012 dürfen demnach nur noch so genannte Unisex – Tarife angeboten werden.

Entwicklung der Delta Lloyd Deutschland AG

2010 hat die Muttergesellschaft Delta Lloyd N.V., Amsterdam entschieden, sich auf ihre Kernmärkte in Holland und Belgien zu konzentrieren und sich aus dem deutschen Markt zurückzuziehen. Seit 2010 wird daher das aktive Run – off Geschäft für die Lebensversicherer der Delta Lloyd Deutschland AG betrieben und kein Neugeschäft mehr angenommen.

Im Rahmen der Konzentration auf ihre Heimatmärkte hat die Delta Lloyd N.V., Amsterdam im September 2011 auch den Verkauf des deutschen Lebensversicherungsbestandes der Gruppe sowie die Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH an das international tätige japanische Finanzdienstleistungsunternehmen Nomura mitgeteilt. Dieser Verkauf gilt vorbehaltlich vor allem der aufsichtsrechtlichen Zustimmung durch die BaFin und der Kartellbehörde.

Entwicklung der Hamburger Lebensversicherung AG

Durch die Entscheidung, kein Neugeschäft mehr anzunehmen und den aktiven Run-off zu betreiben, haben sich erhebliche Änderungen für die Hamburger Lebensversicherung AG ergeben. Bis auf die Dynamikerhöhung wurde das Neugeschäft Mitte des Jahres eingestellt. Die Verträge mit den Vertriebspartnern wurden gekündigt und Mitarbeiter in der Delta Lloyd Gruppe in neugeschäftsbearbeitenden Prozessen abgebaut. Wir haben die unternehmensinternen Prozesse und Abläufe überprüft mit dem Ziel, notwendige Optimierungsmöglichkeiten und Effizienzsteigerungen aufzudecken.

Mitarbeiter der Delta Lloyd Gruppe wurden und werden im Rahmen eines Sozialplans sozialverträglich im Rahmen der Abbaumaßnahmen abgefunden. Zum 30.12.2010 wurden alle Mitarbeiter der Delta Lloyd Deutschland AG in die Delta Lloyd Lebensversicherung AG versetzt, um alle Mitarbeiter in der Lebensversicherung zu zentralisieren, um so weiteres Optimierungspotential zu schaffen. Ausreichende Rückstellungen für den Sozialplan wurden gebildet. Sie belasteten das Ergebnis der Gesellschaft einmalig im Geschäftsjahr 2010.

Beitragseinnahmen/Bestandsentwicklung/Neugeschäft

Die gebuchten Bruttobeiträge sind insgesamt um 3,6 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr auf 28,1 Mio. Euro zurückgegangen. Die laufenden Beiträge reduzierten sich um 2,1 Mio. Euro auf 27,9 Mio. Euro, die Einmalbeiträge gingen um 1,5 Mio. Euro auf 0,2 Mio. Euro zurück. Der gesamte Neuzugang der Gesellschaft gegen laufenden Beitrag für ein Jahr verringerte sich von 1,1 Mio. Euro auf 0,6 Mio. Euro. Davon entfielen 0,4 Mio. Euro auf Kollektivversicherungen und 0,1 Mio. Euro auf Rentenversicherungen. Dies ist ganz wesentlich mit der Entscheidung begründet, das Neugeschäft bis Dynamikerhöhungen einzustellen.

Im Bestand der Gesellschaft befanden sich 23.401 (Vorjahr: 24.383) Versicherungsverträge mit einer Versicherungssumme in Höhe von 705,4 Mio. Euro (Vorjahr: 738,4 Mio. Euro). Diese Versicherungen erzielten einen laufenden Beitrag für ein Jahr in Höhe von 27,5 Mio. Euro. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Abläufe der Beitragszahlung und Rückkäufe zurückzuführen.

Die Stornoquote gemessen als vorzeitiger Abgang gegen laufenden Beitrag zum mittleren Bestand verringerte sich von 7,8 Prozent im Vorjahr auf 7,1 Prozent im laufenden Geschäftsjahr. Die Beitragssumme des Neugeschäfts beträgt 11,1 Mio. Euro (Vorjahr: 17,6 Mio. Euro).

Versicherungsleistungen

An die Versicherungsnehmer unserer Gesellschaft haben wir 2011 für Abläufe, Rückkäufe, Todes- und Heiratsfälle sowie Rentenleistungen insgesamt 21,1 Mio. Euro ausgezahlt. Damit wurde im Vergleich zum Vorjahr 3,8 Mio. Euro oder 15,2 Prozent weniger an die Kunden ausgezahlt.

Die Ablaufleistungen für 2011 betragen 10,1 Mio. Euro (Vorjahr: 11,9 Mio. Euro). Die Ablaufleistungen machen mit rund 48 Prozent an den gesamten Aufwendungen für Versicherungsfälle die größte Position aus. Die Aufwendungen für Rückkäufe sind um 1,8 Mio. Euro im Geschäftsjahr auf 7,5 Mio. Euro gesunken. Da in den Vorjahren ausreichend versicherungstechnische Rückstellungen gebildet wurden, belasten Ablaufleistungen und Rückkäufe das Geschäftsergebnis der Gesellschaft für das Geschäftsjahr nur unwesentlich. Die Aufwendungen für Rentenleistungen sind von 3,3 Mio. Euro auf 3,2 Mio. Euro gesunken. Für Todesfälle wurden 0,2 Mio. Euro ausgezahlt.

Eine wichtige Rolle für das Rohergebnis der Gesellschaft für 2011 spielte wie in den Vorjahren auch das positive Risikoergebnis.

Kapitalanlagen

Der Kapitalanlagenbestand der Hamburger Lebensversicherung ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice ist im Geschäftsjahr um 3,6 Prozent oder 14,2 Mio. Euro auf 407,0 Mio. Euro angestiegen. Wir haben unseren Versicherungsnehmern gegenüber langfristige Leistungsversprechen abgegeben und daher den größten Teil unserer Kapitalanlagen in festverzinslichen Wertpapieren, das heißt vor allem in Inhaberschuldverschreibungen, Hypotheken, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen angelegt.

Auf Grund des langfristigen Charakters unseres Versicherungsgeschäftes hat die Hamburger Lebensversicherung AG ausgewählte Kapitalanlagen der dauerhaften Vermögensanlage gewidmet und diese im Anlagevermögen ausgewiesen. Wir bewerten diese Kapitalanlagen somit nach dem gemilderten Niederstwertprinzip des § 341 b Abs. 2 HGB. Bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung haben wir auf den niedrigeren Marktwert abgeschrieben.

Der Bestand der Kapitalanlagen der Hamburger Lebensversicherung beträgt 407,0 Mio. Euro. Die wesentlichen Positionen im Kapitalanlagenbestand sind die Sonstigen Ausleihungen mit einem Betrag von 228,2 Mio. Euro, unter denen die wesentlichen Positionen Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sind, die Inhaberschuldverschreibungen mit 71,4 Mio. Euro, Einlagen bei Kreditinstituten mit 67,5 Mio. Euro, Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen mit 13,9 Mio. Euro, Grundstücke mit 14,6 Mio. Euro sowie andere Kapitalanlagen mit 10,4 Mio. Euro.

Bewertungsreserven ergeben sich als Unterschied zwischen den Zeitwerten und den Buchwerten zum Bilanzstichtag. Zum Jahresultimo weist die Gesellschaft netto eine stille Reserve von 0,4 Mio. Euro aus. Eine detaillierte Aufstellung ist dem Anhang zu entnehmen.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden zum Zeitwert bewertet und ausgewiesen. Der Marktwert dieser Kapitalanlagen beträgt 11,4 Mio. Euro (Vorjahr: 13,7 Mio. Euro).

Die Erträge aus Kapitalanlagen stiegen um 1,7 Mio. Euro und betragen 17,7 Mio. Euro. Der Grund für den Anstieg liegt dabei überwiegend bei den laufenden Erträgen aus Inhaberschuldverschreibungen. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen erhöhten sich von 0,8 Mio. Euro auf 19,2 Mio. Euro. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen werden vor allem bestimmt durch die Abschreibungen auf Griechische Staatsanleihen in Höhe von 16,7 Mio. Euro und den Verlust aus dem Abgang von Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 1,7 Mio. Euro.

Die laufende Durchschnittsverzinsung unserer Kapitalanlagen ohne Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung beträgt 3,9 Prozent (Vorjahr: 4,0 Prozent). Auch die Nettoverzinsung verringerte sich von 3,9 Prozent auf -0,4 Prozent, so dass sich für die Nettoverzinsung der letzten drei Jahre 2,4 Prozent ergibt.

Aufwendungen für Abschluss und Verwaltung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung konnten um 17,0 Prozent auf 1,4 Mio. Euro gesenkt werden. Dabei sind vor allem die Abschlusskosten um 0,6 Mio. Euro auf 0,2 Mio. Euro zurückgegangen. Die Beitragssumme des Neugeschäfts beträgt 11,1 Mio. Euro.

Die Verwaltungsaufwendungen sind im Geschäftsjahr um 0,3 Mio Euro auf 1,1 Mio. Euro angestiegen. Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge errechnet sich eine Verwaltungskostenquote von 4,1 Prozent (Vorjahr: 2,6 Prozent). Die Betriebskostenquote der Gesellschaft (Verhältnis aus Abschluss- und Verwaltungskosten zu den gebuchten Bruttobeiträgen) hat sich von 5,2 Prozent auf 4,9 Prozent verbessert.

Geschäftsergebnis und Jahresüberschuss

Im Berichtsjahr 2011 hat die Gesellschaft keine Zuführung zu der Rückstellung für Beitragsrückerstattungen vorgenommen. Zugunsten unserer Kunden haben wir der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 0,9 Mio. Euro entnommen und unseren Versicherungsnehmern als Überschussbeteiligung zukommen lassen. Der Passivposten „Rückstellung für Beitragsrückerstattung“ beträgt zum Jahresende 2011 11,9 Mio. Euro (Vorjahr: 12,7 Mio. Euro).

Die Hamburger Lebensversicherung erzielte im Geschäftsjahr 2011 nach den Aufwendungen für Steuern einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 13.650,8 TEURO (Vorjahr: Jahresüberschuss 631,6 TEURO). Eine Einstellung in die Gewinnrücklagen wurde nicht vorgenommen. Der Bilanzverlust beträgt von 11.158,1 TEURO.

Entwicklung der Leistungskennziffern

Finanzielle Leistungsindikatoren:

	31.12.2011	31.12.2010
Verdiente Beiträge:	28,2	32,6 Mio. Euro
Rohüberschuss:	-12,5	4,2 Mio. Euro
Solvabilität:	140	151 %

Es gab keine nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufes oder der Lage von Bedeutung waren.

Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung

Entwicklung des Risikomanagements, Methoden und Ziele

Das Risikomanagement der Hamburger Lebensversicherung AG wird als die Gesamtheit aller systematischen Maßnahmen zur Bewältigung und Steuerung von Risiken definiert. Dies beinhaltet die möglichst frühe Identifikation sowie regelmäßige Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Risiken, die die Hamburger Lebensversicherung AG sowie andere Gesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG im Hinblick auf ihre Zielerreichung sowie ihren Bestand als Unternehmen gefährden.

An der Unternehmensstrategie der einzelnen Gesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG richtet sich die Risikostrategie aus. Das Risikomanagement stellt sicher, dass

- die Konzern- und Unternehmensziele erreicht,
- die soziale Verantwortung gegenüber Mitarbeitern, Umwelt und Gesellschaft wahrgenommen,
- die Investitionen der Aktionäre gesichert,
- die Interessen der Versicherungsnehmer und sonstigen Kunden gewahrt und
- die Erfüllung der Anforderungen der Aufsichtsbehörden und des Gesetzgebers sichergestellt werden.

Die Hamburger Lebensversicherung AG versteht sich als risikobewusstes Unternehmen. Chancen und Risiken werden gegeneinander abgewogen. Hierbei handelt es sich nicht um die Eliminierung sämtlicher Risiken, sondern um das Erkennen von Risiken und das Beherrschen dieser Risiken auf einem akzeptablen Niveau.

Der Prognose- und Betrachtungszeitraum umfasst im Regelfall 12 Monate, also das laufende Geschäftsjahr. Darauf werden die Risikostrategie und Risikotragfähigkeit sowie das Risikoreporting ausgerichtet.

Die für die Gesellschaft geltenden Risikokategorien und -beschreibungen entsprechen den Definitionen gemäß Rundschreiben 03/2009 (VA) unter Berücksichtigung des DRS 5-20 für Versicherungsunternehmen und gelten konzernweit. Damit wird sichergestellt, dass in jeder Gesellschaft des Konzerns gleiche Risiken gleich beschrieben sind und so ein einheitliches Verständnis über die Risikolage hergestellt werden kann. Alle wesentlichen Risiken der zur Delta Lloyd Deutschland AG gehörenden Gesellschaften sind in das konsolidierte Berichtswesen zum Risikomanagement einbezogen.

Die Implementierung der Anforderungen aus dem Sarbanes-Oxley-Act innerhalb des Konzerns (Delta Lloyd N.V.) und damit auch bei der Hamburger Lebensversicherung AG ist abgeschlossen und wird regelmäßig an die gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst. Damit wird verstärkt der Fokus auf Prozesse und deren Kontrollen in den Finanzprozessen gelegt. So können gerade im Bereich der operationellen Risiken Schwächen frühzeitig erkannt und behoben werden.

Das Gesamtrisikomanagement und damit die Wahrnehmung der unabhängigen Risikocontrollingfunktion erfolgt durch den Zentralen Risikomanager in der Abteilung „Zentrales Risikomanagement“ der Delta Lloyd Lebensversicherung AG. Das Zentrale Risikomanagement übernimmt die Gesamtkoordination sämtlicher Aktivitäten zum Risikomanagement, die Zusammenführung aller finanziellen und operationellen Risiken zu einem Risikoprofil und die Berichterstattung an den Vorstand und Aufsichtsrat sowie an die Aufsichtsbehörde und den Mutterkonzern.

Das Risikomanagement ist dezentral organisiert, d.h. für das Risikomanagement der jeweiligen Gesellschaft sind die Geschäftsführer bzw. die Vorstände verantwortlich.

Für die operative Steuerung der Einzelrisiken zeichnen die Risk Owner verantwortlich. Sie haben die Aufgabe, vierteljährlich die Identifikation und Bewertung ihrer Risiken vorzunehmen sowie die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen. Die Ergebnisse der Risikobewertung der Einzelgesellschaften sind Grundlage für das ebenfalls vierteljährliche Berichtswesen. Die Bewertung der dabei zu verwendenden Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenshöhen erfolgt unter Zugrundelegung von jeweils vier quantifizierten Kategorien, die in ihrer Ausprägung für die Gesellschaften des Konzerns individuell definiert und dokumentiert sind.

Im Rahmen der Risikokommunikation sollen die quartalsweise tagenden Gremien Group Risk Committee (GRC), Financial Risk Committee (FRC) und das Operational Risk Committee (ORC) ein gemeinsames Verständnis im Management der Risikolage vermitteln und die Risikocontrollingprozesse aktiv begleiten. Sie haben verschiedene Zielsetzungen und Aufgaben im Risikomanagementprozess:

Zielsetzung und Verantwortung des GRC ist

- die Sicherstellung der Vollständigkeit der Risikoerfassung auf Konzernebene,
- die Sicherstellung einer objektiven Beurteilung der Gesamtrisikolage,
- die Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen Risiken,
- die Begrenzung der Risikosituation durch Initiierung und Kontrolle erforderlicher Maßnahmen und
- das Treffen grundsätzlicher Risikomanagemententscheidungen.

Zielsetzung und Verantwortung des FRC ist

- die Sicherstellung einer vollständigen Erfassung der finanziellen Risiken, insbesondere durch Identifikation der spezifischen Risiken der Versicherungsunternehmen aus den Kapitalanlagen und Derivaten Finanzinstrumenten,
- die Sicherstellung eines risikogerechten Reportings und einer objektiven Beurteilung der finanziellen Risiken und
- die Überprüfung der Angemessenheit der Maßnahmen und ggf. Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen Risiken.

Zielsetzung und Verantwortung des ORC ist

- die Sicherstellung einer vollständigen Erfassung der operationellen Risiken,

- die Sicherstellung einer objektiven Beurteilung der operationellen Risiken,
- der Prüfung der Vollständigkeit der Risikoerfassung und ggf. Aufnahme aktueller operationeller Risiken und
- die Überprüfung der Angemessenheit der Maßnahmen und ggf. Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen Risiken.

Das Risikocontrolling gemäß Rundschreiben 4/2011 (VA) für die Kapitalanlagen erfolgt innerhalb der Abteilung „Kapitalanlagensteuerung“. Darüber hinaus umfasst diese Funktion auch das aufsichtsrechtliche Meldewesen für die Kapitalanlagen.

Um den vollständigen, zeitnahen Austausch von Informationen über die Risiken aus den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen über die unterschiedlichen Organe und Ebenen und die Informationsrechte des Risikocontrollings sicherzustellen, ist die „Arbeitsgruppe Finanzen“ etabliert. Die Arbeitsgruppe tagt wöchentlich und nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Laufender Informationsaustausch über die Planung und Ergebnisse der Kapitalanlagen,
- Diskussion der Anlagestrategie in Verbindung mit neu erkannten Risiken,
- laufender Informationsaustausch über Risikoanalysen und ggf. Festlegung von Maßnahmen und
- Koordination wesentlicher Maßnahmen.

Die Kontrolle des Risikomanagements der Hamburger Lebensversicherung AG erfolgt durch das Audit Committee bzw. den Aufsichtsrat, den Vorstand sowie die Interne Revision.

Ausblick

Die Weiterentwicklung der zentralen Elemente des Risikomanagements ist ein kontinuierlicher Prozess. Neben den bereits implementierten Mindestanforderungen aus dem Rundschreiben 3/2009 (VA) gilt es darüber hinaus die Rahmenbedingungen von Solvency II weiter zu analysieren und umzusetzen.

Finanzielle Risiken

Versicherungstechnische Risiken

Das versicherungstechnische Risiko (Reserverisiko) ist das mit der Tätigkeit eines Versicherungsunternehmens untrennbar verbundene Grundrisiko. Es handelt sich also um das Risiko, dass die vom Unternehmen für das Versicherungsgeschäft gebildeten Rückstellungen nicht ausreichen, um die Leistungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen zu erfüllen. Es umfasst biometrische Risiken, d.h. Risiken durch sich ändernde Rechnungsgrundlagen (Sterblichkeit, Lebenserwartung, Erwerbsunfähigkeit, Krankheit, Pflege), das Garantiezinsrisiko (dauerhafte Erfüllbarkeit der garantierten Mindestverzinsung der Verträge) sowie das Stornorisiko.

Biometrische Risiken

Die Tarifikalkulation erfolgte so, dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verträge der Versicherungsnehmer jederzeit gesichert ist. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen der Tarife, zum Beispiel Sterbe- oder Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, unterliegen jährlichen Schwankungen und können sich über die Zeit ändern. Zu diesem Zweck erfolgen aktuarielle Analysen, einerseits unternehmensintern, andererseits aber vornehmlich durch Experten in entsprechenden Arbeitsgruppen der Deutschen Akutarvereinigung (DVA). Im Hinblick auf biometrische Risiken wurden bei der Berechnung der Deckungsrückstellungen vorsichtig bemessene Rechnungsgrundlagen verwendet, die von der Hamburger Lebensversicherung auf Basis der vorgenannten Analysen als angemessen angesehen werden.

Garantiezinsrisiko

Die Hamburger Lebensversicherung AG muss in einem Umfeld niedriger Kapitalmarktzinsen die Mindestverzinsung, die sie garantiert, in der zugesagten Höhe erwirtschaften. Sowohl stark fallende als auch stark steigende Zinsen stellen ein Risiko dar. Mit einer entsprechenden Kapitalanlagestrategie ist es das Ziel der Delta Lloyd Lebensversicherung AG, dieser Herausforderung gerecht zu werden. Die Angemessenheit der Kapitalanlagestrategie wird durch regelmäßige ALM-Analysen überprüft und bei Bedarf angepasst.

Stornorisiko

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt - mit Ausnahme der Nachreservierung für Rentenversicherungen - ohne den Ansatz von Stornowahrscheinlichkeiten.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Es liegen keine Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern vor.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 2,9 Mio. Euro, davon 0,52 Mio. Euro älter als 90 Tage.

Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre betrug 0,3 Prozent.

Forderungsausfälle gegenüber Rückversicherern sind aufgrund der bestehenden Erfahrungen nicht zu erwarten. Die Hamburger Lebensversicherung AG arbeitet mit den weltgrößten und bonitätsstärksten Partnern in diesem Bereich zusammen. Sie verfügen über folgende Ratings von Standard & Poor`s:

- Münchener Rück: AA-
- General Reinsurance Corporation / Kölnische Rück: AA+
- SCOR: A

Risiken aus Kapitalanlagen

Das Kapitalanlagerisiko ist eines der größten Risiken eines Lebensversicherers, da die garantierten Leistungen erwirtschaftet werden müssen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Aufsicht an Rentabilität, Sicherheit und Liquidität der Kapitalanlagen erfüllt werden.

Das Jahr 2011 war im Zusammenhang mit der Schuldenkrise einiger europäischer Staaten, insbesondere Portugal, Italien, Irland, Spanien und Griechenland (im Folgenden PIIGS genannt) und deren „Infektionswirkung“ auf weitere Staaten – auch in Kerneuropa – erneut von starken Volatilitäten an den europäischen Zinsmärkten bestimmt.

Zentrum der Krise war nach wie vor der Auslöser Griechenland, dessen S & P Rating in 2011 ein downgrade bis zu CC erfuhr. Die EU, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) einigten sich auf umfangreiche Finanzhilfen. Die europäische Währungsunion beschloss schließlich auf einem Gipfeltreffen einen dauerhaften Auffangschirm für die pleitebedrohten Staaten wie Griechenland. Der ständige Krisenmechanismus soll Mitte 2012 an die Stelle des bisherigen Rettungsschirms treten.

Durch die Engagements in den PIIGS waren bereits vermehrt Banken in die Schuldenkrise einbezogen. Zur Lösung der Griechenland-Krise sollen sich auch deutsche Banken und Versicherungen an dem Rettungspaket beteiligen d.h. auf mindestens 50 % ihrer Forderungen freiwillig verzichten.

Die EZB trat vermehrt als Käuferin europäischer Staatsanleihen auf.

Das europäische Staatsschulden-Szenario und die Auswirkungen auf die Finanzbranche hatten erhebliche Auswirkungen auf die Kapitalanlagen der Lebensversicherungsunternehmen. Investitionen in PIIGS wiesen erhöhte Abschreibungserfordernisse auf und die Anlage und Wiederanlage in bisher sichere Staatsanleihen gestaltete sich zunehmend schwieriger.

Die zunehmende Fokussierung auf zinstragende Titel spiegelt sich deutlich im 10-Jahres-Zinssatz Deutscher Bundesanleihen wieder, der seinen Tiefpunkt bei 1,64% fand. Spreadausweitungen im Euroraum waren über weite Teile des Jahres zu beobachten. Die starke Versorgung der Geldmärkte durch die Zentralbanken weltweit führte dementsprechend zu sehr niedrigen Geldmarktsätzen.

Die Kapitalanlagestrategie wurde stetig überprüft und mit dem Asset Manager abgestimmt. Sofern sinnvolle Anpassungen an die Markterfordernisse möglich waren, wurden diese umgesetzt.

Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung werden bei der Festlegung der Kapitalanlagestrategie berücksichtigt. Eine besondere Konzentration von Risiken nach Wertpapier- bzw. Branchensegmenten besteht wie bei deutschen Lebensversicherern üblich auf deutsche Banken. Zur Begrenzung des Konzentrationsrisikos werden neben den aufsichtsrechtlichen Limiten

jene Emittenten besonders überwacht, die eine Konzentration von mindestens 5% aufweisen. Des Weiteren wird die Bonität der Emittenten regelmäßig kontrolliert.

Um eine optimale Entscheidungsfindung zu gewährleisten, gibt es bei der Hamburger Lebensversicherung AG eine spezielle Vorstandssitzung Finanzen, die über die strategische Asset-Allokation sowie über Investitionen mit besonderem Charakter, zum Beispiel Absicherungsmaßnahmen, entscheidet.

Der Wert von Kapitalanlagen ist stets den Schwankungen der Finanzmärkte unterworfen. Im Rahmen von regelmäßig durchgeführten Stresstests wird die Werthaltigkeit des Bestandes überprüft. Die verwendeten Szenarien sind die in der Branche üblichen Stresstests.

Zu den Risiken aus Kapitalanlagen gehören Marktpreis-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken.

Marktpreisrisiko

Unter dem *Zinsänderungsrisiko* versteht man die Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung des Marktzinses und einen damit verbundenen Kursverlust bei steigendem Marktzinsniveau. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Assetmanagement der holländischen Muttergesellschaft werden bei Bedarf Zinsänderungsrisiken mittels Zins-Hedge abgesichert. Derzeit ist die Hamburger Lebensversicherung AG überwiegend in Namenspapiere und Schuldscheindarlehen, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen, investiert.

Das *Kursrisiko* bezeichnet das Risiko aus der negativen Preis- bzw. Wertentwicklung von Aktien oder Immobilien. Die Hamburger Lebensversicherung weist ein sehr geringes Aktienportfolio auf, so dass das Aktienkursrisiko keine Auswirkung auf die Finanz- und Ertragslage hat. Das Immobilienportfolio beläuft sich auf 6,2% der gesamten Kapitalanlagen und wird regelmäßig überwacht.

Die Auswirkungen des Kursrisikos hinsichtlich eines Kursverlustes auf den Zeitwert von Aktien sowie des Zinsänderungsrisikos hinsichtlich einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder unten auf den Zeitwert von festverzinslichen Wertpapieren und Ausleihungen werden regelmäßig überprüft. Darüber hinaus werden die vorgeschriebenen Stresstests der Aufsicht durchgeführt. Die Auswirkung der vier Stresstest-Szenarien der BaFin stellt sich zum 31.12.2011 wie folgt dar:

	Szenariobeschreibung	Marktwertreduzierung in TEUR	Prozentualer Rückgang Kapitalanlagen
Szenario 1	Renten -10%	0	0,0
Szenario 2	Aktien -14 %	184	0,0
Szenario 3	Aktien -12 % Renten -5 %	158	0,0
Szenario 4	Aktien -12 % Immobilien -10 %	2.692	0,7

Die Auswirkung einer Verschiebung der Zinsstrukturkurve um einen Prozentpunkt nach oben und unten stellt sich wie folgt dar:

	Hypotheken (TEUR)	NP/SSD (TEUR)	Inhaberpapiere (TEUR)
- 100 BP	15.896,1	242.260,9	68.331,5
Marktwert (TEUR)	15.278,8	232.940,8	64.215,9
+ 100 BP	14.661,5	223.620,7	60.100,2

Bonitätsrisiko

Unter dem Bonitätsrisiko versteht man die Zahlungsunfähigkeit oder Illiquidität des Schuldners, das heißt die Unmöglichkeit zur termingerechten Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen. Außerdem wird die Auswirkung auf den Credit-Spread

berücksichtigt. Soweit möglich wird die Einstufung der Bonität mittels externer Rating-Agenturen (z.B. Standard & Poor`s) vorgenommen. Das Portfolio der Hamburger Lebensversicherung AG umfasst hauptsächlich Namenspapiere, Schuldscheindarlehn und Inhaberpapiere. Neben einem wesentlichen Anteil an Hypotheken und Immobilien beinhaltet das Gesamtportfolio darüber hinaus Investmentfonds, Beteiligungen und Tagesgelder.

Wertpapierart	Buchwert 31.12.2011 (TEUR)	Rating nach S&P (TEUR)	
Investmentfonds und FLV	12.284,2	AAA	1,2
		N.R.	12.283,0
Staatsanleihe	90.171,2	AAA	20.000,0
		AA	34.961,0
		A	23.210,3
		CC	12.000,0
Unternehmensanleihe	18.964,9	AA	5.000,0
		A	4.676,0
		BBB	8.797,1
		N.R.	491,7
Kreditinstitute	176.455,9	AAA	76.911,9
		AA	17.000,0
		A	62.544,0
		BBB	20.000,0
Pfandbriefe	13.212,2	AAA	8.296,2
		A	4.916,0
Beteiligungen/ Kapitalanlagen andere	10.444,0	N.R.	10.444,0
Tagesgeld	67.500,0	N.R.	67.500,0
Verbundene Unternehmen	0,0	N.R.	0,0
Summe	389.032,4		389.032,4

Darüber hinaus hält die Hamburger Lebensversicherung AG folgende Staatsanleihen in PIIGS-Staaten:

	Buchwert (TEUR)	Marktwert (TEUR)
Griechenland	12.000,0	6.595,4
Italien	4.998,8	3.952,7

Die Hamburger Lebensversicherung AG hat per 31.12.2011 eine Abschreibung auf die Wertpapiere des Emittenten Griechenland um mehr als die Hälfte ihres Nominalvolumens vorgenommen.

Diese Wertminderung halten wir für angemessen.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr einer nicht termingerechten Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen. Mögliche Liquidierungen von Kapitalanlagen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit können mit Verlusten verbunden sein. Im Rahmen einer entsprechenden kurzfristigen Liquiditätsplanung, d.h. der Gegenüberstellung der eingehenden und ausgehenden Zahlungsströme auf Monatsbasis, wird dieses Risiko überwacht. Darüber hinaus ist eine längerfristige Gegenüberstellung der Versicherungsleistungen und der Kapitalanlagen implementiert. Ziel ist die Sicherstellung der Bedeckung der Passivseite durch die Aktivseite der kommenden Jahre.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken versteht Hamburger Lebensversicherung AG die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder in Folge von externen Ereignissen eintreten.

Alle identifizierbaren operationellen Risiken der Hamburger Lebensversicherung AG werden standardisiert erfasst und quartalsweise hinsichtlich ihrer Entwicklung von den Risk Ownern aktualisiert. Notwendige Maßnahmen zur Reduzierung werden dokumentiert und überwacht. Eine Überprüfung erfolgt durch die unabhängige Risikocontrollingfunktion und das ORC, welche ggf. weitere Maßnahmen vorschlagen.

Zum Aufbau einer Datenhistorie für Schäden aus operationellen Risiken erfolgt eine standardisierte Erfassung aller eingetretenen Schäden ab 500,- Euro an das Zentrale Risikomanagement. Dort werden die Daten in einer Schadendatenbank zusammengeführt.

Prozessrisiken

Im Managementfokus stehen die Dokumentation und Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation und die Anreizsysteme vor dem Hintergrund der MaRisk sowie die Weiterentwicklung der Controlling- und Informationssysteme. Die Bestandsverwaltung der Gesellschaft erfolgt auf einem eigenen System. Sicherungssysteme wie das Vier-Augen-Prinzip oder maschinelle Plausibilitätsprüfungen innerhalb der Bestandsführung reduzieren mögliche Fehler in den Arbeitsabläufen. Darüber hinaus wurden Vorgaben zur Dokumentation aller Hauptprozesse der Gesellschaft erstellt, um Prozesse und Kontrollen einheitlich und transparent zu dokumentieren.

Personelle Risiken

Die Hamburger Lebensversicherung AG hat keine eigenen Mitarbeiter. Die Verwaltung wird über die Mitarbeiter der Mutter- und Schwestergesellschaften abgewickelt. Zu dort identifizierten personellen Risiken gehören die qualitative und quantitative Personalausstattung sowie die Vermeidung wirtschaftskrimineller Handlungen. Die Weiterbildungsangebote innerhalb des Konzerns stellen sicher, dass Mitarbeiter kontinuierlich und bedarfsgerecht an die aktuellen Herausforderungen herangeführt werden. So können auch arbeitsmarktbedingte Engpässe bei der Besetzung von Stellen mit Spezialisten ausgeglichen werden. Im Zusammenhang mit der Entscheidung das Neugeschäft für die Gesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG einzustellen und das Unternehmen grundlegend umzustrukturieren, wurde bereits ein hoher Personalabbau vollzogen. Die Umsetzung des Sanierungskonzeptes ist bis Ende 2011 weitestgehend abgeschlossen worden. Um unerwünschten Kündigungen von Key-Playern vorzubeugen, wurden entsprechende Anreizsysteme implementiert.

Zur Bekämpfung von wirtschaftskriminellen Handlungen besteht seit 2007 für den Konzern der Delta Lloyd Deutschland AG eine Richtlinie zur Vermeidung wirtschaftskrimineller Handlungen. Die Unternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG sind danach verpflichtet, das Auftreten von wirtschaftskriminellen Handlungen jedweder Art zu vermeiden und insbesondere alle Maßnahmen zu veranlassen, um diese aufzudecken, zu untersuchen und zu dokumentieren. Verfehlungen in diesem Zusammenhang sollen konsequent geahndet werden. Das Anti-Fraudmanagement ist für die Anforderungen an die notwendigen Prozesse und Methoden zur Bekämpfung doloser Handlungen verantwortlich.

System- und Technologierisiken

Der Auslagerungspartner der Hamburger Lebensversicherung AG, die Delta Lloyd Lebensversicherung AG, misst insbesondere der IT-Sicherheit große Bedeutung bei. Die Umsetzung der Anforderungen an den Datenschutz wird durch die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten sichergestellt. Seit 2007 ist ein IT-Sicherheitsbeauftragter berufen, um Anforderungen an die IT-Sicherheit zu definieren und deren Umsetzung zu überwachen.

Um IT-Risiken, wie beispielsweise der Teil- oder Totalausfall von Systemen oder gravierende Datenverluste zu vermeiden, werden unter anderem Firewalls und Virenschutzprogramme eingesetzt und stets aktualisiert. Des Weiteren finden Datenauslagerung und räumliche Trennung kritischer Komponenten und Backups statt. Die Funktionsfähigkeit der Verfahren wird regelmäßig getestet.

Externe Risiken

Externe Risiken bei der Hamburger Lebensversicherung AG sind insbesondere das Rechtsrisiko und die Abhängigkeit von Externen.

Das grundsätzlich immer bestehende Rechtsrisiko (Non-Compliance) wird durch die Tätigkeit der juristischen Abteilung und das Compliance Office reduziert. Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden fortlaufend überwacht. Insbesondere prüfen der Geldwäschebeauftragte, der Datenschutzbeauftragte, der Compliance Officer sowie die Konzernrevision regelmäßig die Einhaltung einschlägiger Vorschriften.

Prozesse mit einem nachhaltigen Risiko gegen die Hamburger Lebensversicherung sind nicht anhängig. Sowohl gravierende Haftungsrisiken als auch Risiken aus vertraglichen Vereinbarungen sind nicht vorhanden.

Ab 01. Januar 2014 treten in Europa die vom europäischen Parlament mit der Direktive 2009/138/EC (Solvency II) veröffentlichten, neuen, risikoorientierten Solvenzregelungen für Versicherer in Kraft. Neben der Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen sowie der aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, stellt Solvency II ebenfalls erweiterte Ansprüche an das Risikomanagement der Versicherungsunternehmen.

Zur erfolgreichen Umsetzung dieser, in drei Säulen gegliederten, regulatorischen Anforderungen, wurde ein internes Projektteam gebildet. Dieses hat 2011, unter Einbeziehung der bisher seitens der Regulatoren zu Solvency II veröffentlichten Informationen, sowie dem Spezialwissen interner Fachbereiche, eine detaillierte Projektplanung erarbeitet, in der Verantwortlichkeiten eindeutig zugeordnet und Meilensteine definiert wurden. Mit der Umsetzung einzelner Teilbereiche wurde bereits 2011 begonnen.

Ausgehend von der ursprünglich bereits ein Jahr zuvor, zum 01. Januar 2013, anvisierten Inkraftsetzung der neuen Solvenzregelungen, wird weiterhin die Zielsetzung verfolgt, die größten Herausforderungen des Projekts innerhalb des Jahres 2012 erfolgreich abzuschließen. Im Jahr 2013 werden die im Rahmen des Projekts implementierten Prozesse sowie erstellten Dokumente weiter präzisiert. Besondere Aufmerksamkeit wird während des gesamten Projektes den erwarteten Aktualisierungen der durch Regulatoren formulierten Anforderungen zukommen. Zur Gewährleistung des erfolgreichen Verlaufs dieses umfassenden und kapazitätsintensiven Projekts, wird ein kontinuierliches Monitoring hinsichtlich Qualität, Zeit sowie erforderlicher Kapazitäten durchgeführt.

Die Delta Lloyd Deutschland AG hat die Kapitalanlageverwaltung an die KAS Investment Servicing GmbH (KIS) ausgelagert. Ein entsprechender Funktions- bzw. Ausgliederungsvertrag wurde mit der Delta Lloyd Deutschland AG (für die Hamburger Lebensversicherung) geschlossen. Neben der Kapitalanlagebuchhaltung, die direkt durch die KIS erfolgt, besteht ein weiterer Dienstleistungsvertrag über die Vermögensanlage zwischen der KIS und der Delta Lloyd Asset Management Amsterdam. Dem Asset Manager sind mittels Anlagerichtlinien Rahmenbedingungen für die Vermögensanlage vorgegeben, welche seitens der KIS fortlaufend überwacht werden. Die ausgegliederten Aktivitäten und Prozesse an KIS werden seitens der Delta Lloyd Deutschland AG durch die Funktion Outsourcing Controlling fortlaufend überwacht. Dazu gehört auch die regelmäßige Beurteilung der Dienstleistungsqualität des Unternehmens.

Sonstige Risiken

Zu den sonstigen Risiken gehören das strategische Risiko und das Kostenrisiko.

Das strategische Risiko liegt im Wesentlichen in der Veränderung der Marktsituation verbunden mit negativen Auswirkungen auf das Geschäftsmodell. Ein wesentlicher Kernpunkt zur Begegnung dieser Risiken ist die mittelfristige Strategie der Hamburger Lebensversicherung AG. Aus diesem Grund analysiert der Konzern regelmäßig sein deutsches Marktumfeld und erstellt darauf aufbauend die Mehrjahresplanung. Nach Auswertung der Analysen hat der Konzern 2010 entschieden das Neugeschäft für die Lebensversicherungsgesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG einzustellen. Die Umstrukturierung und der damit verbundene Personalabbau wurden bis Ende 2011 weitestgehend abgeschlossen.

Am 30.09.2011 wurde zwischen Nomura und Delta Lloyd N.V. ein Kaufvertrag über das Deutschlandgeschäft geschlossen. Die Transaktion soll – vorbehaltlich der Zustimmung der Versicherungsaufsicht und Kartellbehörde - in der zweiten Jahreshälfte 2012 abgeschlossen werden.

Das Kostenrisiko bei einem Lebensversicherer mit der strategischen Ausrichtung „Going concern mit Abwicklung der Versicherungsbestände“ ist bedingt durch den abnehmenden Kapitalanlagebestand und der fälligen bzw. gekündigten Versicherungsverträge fortlaufend zu

überwachen. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird die Kostenstruktur der Delta Lloyd Deutschland AG an die Bestandsentwicklung angepasst.

Zusammenfassung der Risikolage

Zusammenfassend sehen wir, unter Berücksichtigung der von uns ergriffenen Maßnahmen, derzeit keine Entwicklung, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Gesellschaft bestandsgefährdend beeinträchtigt.

Die beschriebenen Kontrollmechanismen und Instrumente tragen unter Berücksichtigung der geplanten Maßnahmen hinsichtlich der neuen Anforderungen aus den MaRisk VA in der Gesamtheit dazu bei, dass die Hamburger Lebensversicherung AG über ein wirksames Risikomanagement verfügt, welches bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkennen und die notwendigen Gegenmaßnahmen veranlassen kann.

Die *Solvabilitätsvorschriften* gemäß § 53c VAG wurden durch die Hamburger Lebensversicherung AG erfüllt: Die Solvabilität des Unternehmens betrug per Dezember 2011 159% und liegt damit über der Mindestanforderung von 100 Prozent. Bewertungsreserven wurden dabei nicht berücksichtigt.

Die Hamburger Lebensversicherung AG verfügt damit über ein angemessenes Risikoüberwachungssystem zur Sicherstellung der Erfüllbarkeit der Solvabilität.

Vorgänge nach Geschäftsjahresende

Nach Aufstellung des Jahresabschlusses haben wir den Wertberichtigungsbedarf für Griechenland von 50 % auf 60 % erhöht, da Vereinbarungen mit Griechenland nicht erzielt wurden und uns eine Wertberichtigung auf griechische Staatspapiere mit 50% nicht mehr ausreichend erschien.

Chance und Ausblick

Wirtschaftliche Entwicklung

Während sich das globale Wirtschaftswachstum 2011 auch dank der unterstützenden Maßnahmen durch die Geld- und Fiskalpolitik lediglich auf rund 3,5 Prozent abgeschwächt haben wird, gehen wir auch für das Jahr 2012 von einem positiven Wachstum aus. Die Weltwirtschaft wird nach vorsichtigen Schätzungen 2012 um rund 3,3 Prozent wachsen. Das Wachstum wird dabei von den Wachstumsmärkten China und Indien getragen. Auch wenn der Konsolidierungsdruck auf einige EU Länder groß bleiben wird, werden die bereits eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen erste Impulse für ein Wachstum in Europa liefern. Für 2013 gehen wir von einem weltweiten Wachstum von 3,6 Prozent und für den Euroraum von rund 1,3 Prozent aus. Dabei werden der Wille und die Fähigkeit zur Sanierung der Staatshaushalte in der EU sowie der USA sowie der politische Wille zur Erhaltung des Euro – Raumes die wesentlichen Kriterien für Wachstum sein.

Während Deutschland in Europa eine positive Ausnahme in Bezug auf das Wachstum in den letzten zwei Jahren war, wird sich die Abkühlung der Weltwirtschaft auch bei uns in einem geringeren Wachstum des Bruttoinlandsproduktes auswirken. Wir schätzen, dass es 2012 zu einem Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent und im Folgejahr 2013 von 1,7 Prozent kommen wird. Der Anstieg der Inflation in 2011 wurde durch Energie- und Lebensmittelpreise bewirkt. Bei einem stabilen Ölpreis rechnen wir für 2012 und 2013 mit einer Inflationsrate von rund 2 Prozent.

Bei diesem Inflationsszenario kann die europäische Notenbank ihre expansive Geldpolitik fortsetzen und den niedrigen Leitzins beibehalten. Bei 10jährigen Bundesanleihen rechnen wir für 2012 und 2013 mit einem Zins von jeweils rund 2,0 Prozent. Für die Aktienmärkte sind wir vorsichtig optimistisch und rechnen für den DAX in 2012 mit einem Anstieg auf 6.700 Punkte und für 2013 mit einem Anstieg auf 7.100 Punkte.

Lebensversicherung

Auch die Lebensversicherung wird durch die Diskussionen über Sanierung der Staatshaushalte und die Herausforderungen im Euro-Raum geprägt. Daher ist ein Ausblick für die Lebensversicherungsbranche mit erheblicher Unsicherheit behaftet.

Auch für 2012 erwarten wir auf Grund der weiterhin niedrigen Zinssituation eine weitere moderate Absenkung der Überschussbeteiligung, die auch notwendig wird, um die Zinsnachreservierung bei weiterhin niedrigem Zinsumfeld zu finanzieren. Die Gesamtverzinsung mit rund vier Prozent, die wir für 2012 für die Branche erwarten, wird aber auch weiterhin ein positiver Wettbewerbfaktor gegenüber alternativen Anlageprodukten der Banken darstellen.

Auch die Absenkung des Garantiezinses ab 01.01.2012 auf 1,75 Prozent wird die Attraktivität der Lebensversicherungsprodukte im aktuellen Marktumfeld kaum schmälern. Dabei ist das Vertrauen der Kunden in sichere Lebensversicherungsprodukte vor allem im Vergleich zu Bankprodukten ungebrochen.

Eine Prognose der gebuchten Beiträge für die kommenden Jahre bleibt schwierig. Die Entwicklung der Einmalbeiträge ist dabei nur schwer einzuschätzen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass das Neugeschäft sich auf dem Vorjahresniveau bewegen wird, während die Beitragseinnahmen leicht zurückgehen werden.

Nicht nur für die Lebensversicherung sondern für die gesamte Versicherungsbranche wird die Umsetzung der Anforderungen von Solvency II eine außerordentlich große Herausforderung für die nächsten zwei Geschäftsjahre darstellen.

Hamburger Lebensversicherung AG

Die Restrukturierungsmaßnahmen im Rahmen unseres Run – off Projektes sind im Wesentlichen umgesetzt. Für unsere bestehenden Kundenverträge wird sich nichts ändern. Diese werden unverändert weiter laufen und in gewohnter Weise von uns betreut werden. Den Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern werden wir weiterhin nachkommen.

Im Fokus unserer Tätigkeiten wird die Optimierung von Prozessen des Verwaltungsbereichs stehen, um so auch die Kosten unserer Gesellschaft in der Zukunft weiterhin zu verschlanken. Die laufende Verzinsung (Garantiezins zuzüglich Zinsgewinn) haben wir auf Grund der zu geringen Kapitalanlagenerträge auf Vorjahrsniveau belassen.

Herausforderungen sehen wir im Zusammenhang mit der dauerhaften Werthaltigkeit der PIIGS-Staaten sowie in der durch die niedrigen Zinsen verursachten Höhe der Zinszusatzreserve. Wir sehen das Risiko bei weiterhin niedrigen Zinsen in 2012 von zusätzlich höherem Zinszusatz - Nachreservierungsbedarf.

Die Umsetzung der Anforderungen von Solvency II wird auch weiterhin für uns eine sehr große Herausforderung und finanzielle Belastung darstellen. Risiken sehen wir hier insbesondere in der Umsetzung – auch wegen der noch vielen offenen Themen – mit einer erheblich reduzierten Anzahl an Mitarbeitern.

Die Chancen eines Run – off Spezialisten sehen wir in der Konzentration auf die Optimierung von Verwaltungsprozessen, um so eine positive Ertragssituation für die Gesellschaft durch Kostenreduzierung zu erreichen.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Delta Lloyd Deutschland AG hielt am Bilanzstichtag die Mehrheit am Grundkapital der Hamburger Lebensversicherung AG. Alleinige Gesellschafterin der Delta Lloyd Deutschland AG ist die Delta Lloyd N.V., Amsterdam. Diese ist seit 2011 nicht mehr mehrheitlich der Aviva plc, London zugeordnet. Der Tatbestand der Mehrheitsbeteiligung wurde der Gesellschaft nach den Vorschriften des Aktiengesetzes mitgeteilt.

Die niederländische Muttergesellschaft Delta Lloyd N.V., Amsterdam, hat als unmittelbare Anteilseignerin der Delta Lloyd Deutschland AG am 30.09.2011 die Versicherungsbestände der Lebensversicherer der Delta Lloyd Deutschland AG unter Vorbehalt der Zustimmung der BaFin verkauft. Auf bestehende Kundenverträge hat diese Entscheidung keine Auswirkungen, sie laufen unverändert weiter und werden in gewohnter Form betreut.

Den nach § 312 AktG vorgeschriebenen Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen haben wir erstellt. Am Schluss des Berichtes heißt es: „Nach Prüfung unserer Bücher, Akten und sonstigen Unterlagen sowie nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte mit verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, erklären wir, dass die Hamburger Lebensversicherung AG im Berichtsjahr bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die durch die Delta Lloyd N.V., Amsterdam veranlasste Einstellung des Neugeschäfts stellt einen Nachteil für die Gesellschaft dar. Hierfür besteht gem. §§ 312 Abs. 3 S. 2 in Verbindung mit 311 AktG keine Ausgleichspflicht, da der Vorstand auf Veranlassung des herrschenden Unternehmens von der Verhaltensweise eines gewissenhaften und ordentlichen Kaufmanns im Sinne des § 317 Abs. 2 AktG nicht abgewichen ist.“

Wiesbaden, den 19. Januar 2012

Der Vorstand

Versicherungsarten

In der Berichtszeit wurden folgende Versicherungsarten betrieben:

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

I. Kapitalversicherung

1. Hinterbliebenen-Versorgung
Versicherung auf den Todesfall mit abgekürzter Beitragszahlung
2. Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung
Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall
3. Partner- und Ehegatten-Versicherung
Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall für zwei verbundene Leben
4. Kinder-Versorgung
Versicherung des Versorgers mit festem Auszahlungstermin
5. Aussteuerversicherung
mit Beitragsbefreiung bei Tod des Versorgers und Fälligkeit des Kapitals bei Heirat des Kindes
6. Kapitalversicherung mit Mehrfachauszahlung
mit Wiederaufstockung der Todesfallsumme
7. Kapitalversicherung mit Wachstumsplan
Versicherungen gemäß Ziffer 1.- 6. mit automatischer Erhöhung der Versicherungssumme
8. Vermögensbildungsversicherung
Versicherungen gemäß Ziffer 2., 3. und 6. nach dem Vermögensbildungsgesetz

II. Risikoversicherung

III. Rentenversicherung

1. Altersversorgung durch sofort beginnende oder aufgeschobene Leibrente
2. Altersversorgung durch aufgeschobene Leibrente mit sofort beginnender Rentenzahlung im Pflegefall
3. Hinterbliebenenversorgung durch zusätzliche Anwartschaft auf Hinterbliebenenrente

IV. Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung

V. Kollektivversicherung

1. Kapital- und Rentenversicherungen der vorstehend genannten Versicherungsarten
2. Risiko-Lebensversicherung
3. Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung

VI. Sonstige Lebensversicherungen

1. Fondsgebundene Lebensversicherung
2. Fondsgebundene Rentenversicherung

VII. Zusatzversicherung

1. Unfall-Zusatzversicherung
2. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
3. Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherung
4. Risiko-Zusatzversicherung

} in Verbindung mit einer Hauptversicherung

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Einmalbeitrag in TEUR	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	24.383	29.744	-	738.358
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang				
a) eingelöste Versicherungsscheine	115	256	201	3.005
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos.2)	-	353	-	5.442
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile	-	-	-	827
3. Übriger Zugang	104	12	-	177
4. Gesamter Zugang	219	621	201	9.451
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	42	34	-	1.035
2. Ablauf der Versicherung/ Beitragszahlung	323	802	-	9.250
3. Rückkauf u. Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	732	1.974	-	30.651
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	104	43	-	1.429
5. Übriger Abgang	-	-	-	-
6. Gesamter Abgang	1.201	2.853	-	42.365
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	23.401	27.512	-	705.444

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
	1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	24.383
davon beitragsfrei	6.499	157.764
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	23.401	705.444
davon beitragsfrei	6.934	161.478

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen

	Zusatzversicherungen insgesamt	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
	1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	4.909
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	4.555	216.172

Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2011

Einzelversicherungen								Kollektivversicherungen	
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikovers. und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- u. Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR
2.087	2.663	186	170	6.834	8.601	593	727	14.683	17.583
2	1	-	-	6	4	-	-	107	251
-	47	-	3	-	139	-	20	-	144
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
36	1	3	-	65	11	-	-	-	-
38	49	3	3	71	154	-	20	107	395
4	5	-	-	11	13	-	-	27	16
69	49	4	1	69	351	10	4	171	397
16	87	2	1	198	415	25	49	491	1.422
-	-	2	2	-	2	-	2	102	37
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
89	141	8	4	278	781	35	55	791	1.872
2.036	2.571	181	169	6.627	7.974	558	692	13.999	16.106

Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

Einzelversicherungen								Kollektivversicherungen	
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikovers. und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- u. Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
2.087	74.284	186	14.446	6.834	188.353	593	21.992	14.683	439.283
544	8.296	5	168	1.812	46.667	103	3.949	4.035	98.684
2.036	72.813	181	13.769	6.627	181.366	558	20.045	13.999	417.451
584	9.540	6	156	1.883	45.790	99	2.853	4.362	103.139

Zusatzversicherungen

Unfall- Zusatzversicherungen		Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts- Zusatzversicherungen		Risiko- und Zeitrenten- Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
92	4.121	4.142	197.728	245	8.878	430	17.037
87	3.762	3.820	188.250	224	7.557	424	16.603

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

Hamburger Lebensversicherung AG

Aktivseite

	2011				2010
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten und fremden Grundstücken			14.631.189		13.396.930
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		924.020			924.020
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		71.439.590			78.050.500
3. Hypotheken, Grundschul- und Rentenschuldforderungen		13.867.081			15.723.919
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	85.000.000				96.499.430
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen *)	141.872.875				151.850.919
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	837.203				899.894
d) übrige Ausleihungen	491.732				455.462
		228.201.810			249.705.705
5. Einlagen bei Kreditinstituten		67.500.000			28.400.000
6. Andere Kapitalanlagen		10.444.000			6.600.000
			392.376.500		
				407.007.689	392.801.074
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				11.360.212	13.698.927
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche	2.920.357				2.658.880
b) noch nicht fällige Ansprüche	585.481				795.319
		3.505.838			
			3.505.838		3.454.199
II. Sonstige Forderungen			847.204		1.054.864
davon: an verbundene Unternehmen	62.496 EUR			4.353.042	4.509.063
(Vj.: 42.554 EUR)					
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			1.407.663		1.709.091
II. Andere Vermögensgegenstände			2.860.392		1.347.642
				4.268.054	3.056.733
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			6.870.167		6.187.546
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten *)			0		0
				6.870.167	6.187.546
Summe der Aktiva				433.859.164	420.253.343

*) Die Vorjahreswerte wurden aufgrund § 341 c HGB angepasst
Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Bestätigungsvermerk des verantwortlichen Aktuars:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C II und D I der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der aufgrund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist nicht vorhanden.

Wiesbaden, den 19. Januar 2012

Verantwortlicher Aktuar:
Marcel Schmitz

Bestätigungsvermerk des verantwortlichen Treuhänders:

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsgemäß sichergestellt sind.

Wiesbaden, den 19. Januar 2012

Treuhänder:
Gerd Geiger

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

Hamburger Lebensversicherung AG

Passivseite

	EUR	2011 EUR	EUR	2010 EUR
A. Eigenkapital:				
I. Gezeichnetes Kapital		5.112.919		5.112.919
II. Kapitalrücklage		10.400.000		3.600.000
III. Gewinnrücklagen:				
1. Gesetzliche Rücklage	429.316			429.316
2. andere Gewinnrücklagen	64.934			64.934
		494.250		494.250
IV. Bilanzverlust/Bilanzgewinn		11.158.077		2.492.750
davon Gewinnvortrag	2.492.750 EUR (Vj: 1.892.750 EUR)		4.849.092	11.699.919
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			6.900.000	0
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	7.936.579	7.936.579		8.426.507
				8.426.507
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	377.837.503	377.837.503		359.997.404
				359.997.404
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.655.459	1.655.459		1.072.239
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	115.197	115.197		141.975
				930.264
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	11.850.737	11.850.737		12.726.025
			399.165.081	382.080.200
D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung soweit das Anlagerisiko von den Ver- sicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag		6.669.313		8.034.303
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag		4.690.899		5.664.624
			11.360.212	13.698.927
E. Andere Rückstellungen				
I. Steuerrückstellungen		0		859.324
II. Sonstige Rückstellungen		170.000		0
			170.000	859.324
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber: Versicherungsnehmern		9.685.753		9.897.443
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		322.117		371.378
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen	107.856 EUR (Vj: 108.814 EUR)			
III. Sonstige Verbindlichkeiten		1.406.910		1.609.659
davon: aus Steuern	51.547 EUR (Vj: 84.676 EUR)		11.414.780	11.878.480
G. Rechnungsabgrenzungsposten *)			0	36.494
Summe der Passiva			433.859.164	420.253.343

*) Die Vorjahreswerte wurden aufgrund § 341 c HGB angepasst
Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

		gesamtes Versicherungsgeschäft			
		EUR	2011 EUR	EUR	2010 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung					
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung					
a) Gebuchte Bruttobeiträge		28.081.044			31.670.815
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		387.422	27.693.621		397.083
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		489.929			1.358.145
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen		0	489.929		0
				28.183.550	32.631.877
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung				372.006	411.379
3. Erträge aus Kapitalanlagen					
a) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			998.004		998.004
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen aus verbundenen Unternehmen		0 EUR (Vj.: 0 EUR)	15.348.178		14.922.344
c) Erträge aus Zuschreibungen			0		4.061
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen			1.308.238		0
				17.654.420	15.924.409
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen				194.604	888.258
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung				3.288	5.834
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung					
a) Zahlungen für Versicherungsfälle					
aa) Bruttobetrag		21.179.516			24.919.264
bb) Anteil der Rückversicherer		37.754			0
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			21.141.762		24.919.264
aa) Bruttobetrag		583.220			332.552
bb) Anteil der Rückversicherer		26.778			141.975
			609.998		190.577
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				21.751.760	25.109.841
a) Deckungsrückstellung					
aa) Bruttobetrag		16.475.108			17.572.091
bb) Anteil der Rückversicherer		0			0
			16.475.108		17.572.091
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen			624.525		224.394
				15.850.583	17.796.485
8. Aufwendungen für die erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung				0	1.246.711
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung					
a) Abschlußaufwendungen		232.000			833.795
b) Verwaltungsaufwendungen		1.147.330			827.489
			1.379.329		1.661.284
				1.379.329	1.661.284
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen					
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen			337.700		372.552
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen			17.063.303		357.086
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen			1.749.750		73.534
				19.150.753	803.172
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen				1.173.491	3.290
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung				1.187.779	1.884.103
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung				-14.085.827	1.356.871

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

- 1. Sonstige Erträge
- 2. Sonstige Aufwendungen
- 3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit
- 4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
- 5. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss
- 6. Gewinnvortrag/Gewinnvortrag
- 7. Einstellungen in Gewinnrücklagen
 - a) in die gesetzliche Rücklage
- 8. Bilanzverlust/Bilanzgewinn

	61.397		75.751
	284.206		363.770
		222.809	288.019
		14.308.636	1.068.852
		657.808	437.272
		13.650.827	631.580
		2.492.750	1.892.750
	0		31.580
		0	31.580
		11.158.077	2.492.750

Anhang für das Geschäftsjahr 2011

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Angaben im Geschäftsbericht und Anhang erfolgen generell auf volle Euro. Mögliche Rundungsdifferenzen werden billigend in Kauf genommen.

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 25. Mai 2009 (BilMoG) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie nach den geltenden Vorschriften des Aktiengesetzes und des Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) aufgestellt.

Mit der Umsetzung von Art. 5 des Gesetzes zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie wurde das Wahlrecht Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie andere Forderungen (im Wesentlichen Schuldscheinforderungen und Darlehen) gemäß § 341c Abs. 1 HGB a.F. mit ihrem Nennbetrag anzusetzen, mit Wirkung zum 1. Januar 2011 aufgehoben. Gemäß § 341c Abs. 3 HGB n.F. ergeben sich zum 1. Januar 2011 Bewertungsänderungen für Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von T€ 150, die zum 1. Januar 2011 erfolgsneutral auf den entsprechenden Bestand umgebucht wurden.

Daher haben wir die Vorjahreswerte für die im Bestand zum 31. Dezember 2010 sich befindlichen Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen entsprechend den Bewertungsänderungen angepasst, um einen besseren Vergleich zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 sicherzustellen.

Die Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet; die Abschreibungen auf Gebäude werden linear in Höhe der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Der § 253 Abs. 3 HGB wurde berücksichtigt, bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Wir gehen von dauerhafter Wertminderung aus, wenn der aktuelle Zeitwert in voraussichtlich mehr als der Hälfte der Restnutzungsdauer unter dem Buchwert liegt.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sowie übrige Ausleihungen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip, das heißt, mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert, bewertet, soweit sie dem Umlaufvermögen zugeordnet waren. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr Investmentanteile vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen umgewidmet. Des Weiteren waren die Zuordnung von Schuldscheinforderung und Darlehen zum Anlagevermögen aufgrund der Änderung des § 341c HGB erforderlich.

In Vorjahren vorgenommene Abschreibungen werden im Geschäftsjahr im Umfang der zulässigen Werterhöhung gemäß § 253 Abs. 5 HGB zugeschrieben. Wertpapiere, die dem Unternehmen dauerhaft dienen sollen, werden gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Abschreibungen werden dann gemäß gemildertem Niederstwertprinzip grundsätzlich bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen vorgenommen. Im Geschäftsjahr wurde von dieser Abschreibungserleichterung Gebrauch gemacht. Zuschreibungen erfolgen nur dann, wenn der Grund für die voraussichtlich dauerhafte Wertminderung nicht mehr vorliegt. Bei der Beurteilung der Dauerhaftigkeit wurde das vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) empfohlene 20 % Kriterium angewandt. Wenn der Zeitwert einer Wertpapiers in den sechs Monaten vor dem Bilanzstichtag permanent unter 20 % lag, dann wurde von dauerhafter Wertminderung ausgegangen.

Für die künftige Bilanzierung der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie für Schuldscheinforderungen und Darlehen wird das Wahlrecht nach § 341c Abs. 3 HGB n.F. ausgeübt und die Bewertung erfolgt mit den Anschaffungskosten zuzüglich bzw. abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der linearen Methode für Hypothekendarlehen sowie unter Anwendung der Effektivzinsmethode für die Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Griechische Staatsanleihen, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, wurden mit mehr als die Hälfte ihres Nominalvolumens wertberichtigt. Die Anleihen der übrigen PIIGS Staaten Italien und Spanien die im Anlagevermögen ausgewiesen sind, wurden nicht abgeschrieben, da wir nicht von einer dauerhaften Wertminderung ausgehen und der europäische Rettungsschirm für diese Staaten eine gewisse Sicherheit für ihre Finanzierung darstellt.

Namensschuldverschreibungen wurden mit dem Nennwert abzüglich geleisteter Tilgungen bilanziert. Zero-Schuldscheindarlehen beziehungsweise Zero-Namensschuldverschreibungen wurden nach § 341 b Abs. 1 Satz 1 HGB zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung kapitalisierter Zinsansprüche bewertet. Disagiobeträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten erfolgte zum Nennwert.

Die Position andere Kapitalanlagen wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt, bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice wurden zu Rücknahmepreisen der Investmentanteile am Bewertungsstichtag bewertet. Die zugehörigen Passivposten werden in gleicher Höhe ausgewiesen.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und die sonstigen Forderungen sind grundsätzlich zum Nominalbetrag angesetzt. Erforderliche Wertberichtigungen wurden vorgenommen. Forderungen aus Körperschaftssteuer Anrechnungsguthaben gemäß § 37 KStG wurden zum Barwert bilanziert. Alle anderen Forderungen wurden mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Aufgrund des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 HGB, wurde auf den Ansatz aktiver latenter Steuern verzichtet.

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurden für jede Versicherung entsprechend dem Beginnmonat und der Zahlungsweise individuell berechnet; dabei wurden die steuerlichen Bestimmungen über den Abzug von nicht übertragbaren Beitragsteilen berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung für die selbst abgeschlossenen Versicherungen wurde für jede Versicherung entsprechend ihrem Beginnmonat individuell und prospektiv nach dem jeweiligen Tätigkeitsplan berechnet. Dabei wurden die Kosten der laufenden Verwaltung implizit berücksichtigt. Bei beitragsfreien Versicherungen wurde eine Verwaltungskostenrückstellung entsprechend dem jeweiligen Tätigkeitsplan gebildet.

Die rechnungsmäßigen Abschlussaufwendungen wurden jeweils nur insoweit verrechnet, als sich dadurch keine negativen Werte ergaben beziehungsweise die geschäfts- oder tätigkeitsplanmäßigen Werte der Deckungsrückstellung nicht unterschritten wurden. Die Teile der rechnungsmäßigen Abschlussaufwendungen, für die eine Verrechnung nicht möglich war, wurden als noch nicht fällige Ansprüche an Versicherungsnehmer aktiviert.

Die folgende Tabelle enthält die bei der Berechnung der Deckungsrückstellung verwendeten Ausscheideordnungen sowie die Zins- und Zillmersätze für insgesamt 98,2 Prozent der gesamten Deckungsrückstellung zum 31.12.2011.

Versicherungsart	Anteil in %	Sterbe- tafel	Rechnungs- zins in %	Zillmersatz
Kapitalversicherungen	3,1	1986	4,00	20 ‰
Kapitalversicherungen	3,7	DAV 1994 T	4,00	20 ‰
Kapitalversicherungen	1,4	DAV 1994 T	4,00	0 ‰
Kapitalversicherungen	0,6	DAV 1994 T	3,25	40 ‰
Kapitalversicherungen	2,1	DAV 1994 T	3,25	20 ‰
Kapitalversicherungen	1,7	DAV 1994 T	3,25	0 ‰
Kapitalversicherungen	1,5	DAV 1994 T	2,75	40 ‰
Kapitalversicherungen	1,2	DAV 1994 T	2,75	20 ‰
Kapitalversicherungen	9,2	DAV 1994 T	2,75	0 ‰
Kapitalversicherungen	0,2	DAV 1994 T	2,25	20 ‰
Rentenversicherungen	6,2	DAV 2004 R-Bestand/B20	4,00	20 ‰
Rentenversicherungen	10,1	DAV 2004 R-Bestand/B20	4,00	0 ‰
Rentenversicherungen	3,9	DAV 2004 R-Bestand/B20	3,25	40 ‰
Rentenversicherungen	15,7	DAV 2004 R-Bestand/B20	3,25	20 ‰
Rentenversicherungen	13,9	DAV 2004 R-Bestand/B20	3,25	0 ‰
Rentenversicherungen	3,0	DAV 2004 R-Bestand/B20	2,75	40 ‰
Rentenversicherungen	6,9	DAV 2004 R-Bestand/B20	2,75	20 ‰
Rentenversicherungen	4,1	DAV 2004 R-Bestand/B20	2,75	0 ‰
Rentenversicherungen	0,7	DAV 2004 R	2,75	40 ‰
Rentenversicherungen	1,6	DAV 2004 R	2,75	20 ‰
Rentenversicherungen	1,7	DAV 2004 R	2,75	0 ‰
Rentenversicherungen	1,9	DAV 2004 R	2,25	40 ‰
Rentenversicherungen	2,7	DAV 2004 R	2,25	20 ‰
Rentenversicherungen	1,1	DAV 2004 R	2,25	0 ‰

Für Rentenversicherungen, die bis zum 31.12.2004 abgeschlossen wurden, haben wir eine weitere Auffüllung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Die Ermittlung des Auffüllbetrages erfolgte auf Basis der DAV-Richtlinie „Überschussbeteiligung und Reservierung von Rentenversicherungen des Bestandes“. Die zum Jahresende in die Bilanz eingestellte Deckungsrückstellung entspricht dem um sieben Zwanzigstel linear interpolierten Wert zwischen der Deckungsrückstellung auf Basis der Tafel DAV 2004 R-Bestand und der auf der Basis der Tafel DAV 2004 R-B20. Die Deckungsrückstellung der Versicherungen mit Berufsunfähigkeitsrisiko wurde entsprechend der diesbezüglichen DAV-Ausarbeitung vom 08.12.1998 an die 97-er BU Rechnungsgrundlagen der DAV angepasst.

Bei der Bestimmung der zu erwartenden Erträge der Vermögenswerte auf Basis des neu gefassten §5 Abs. 3 und 4 DeckRV ergab sich ein Referenzzins von 3,92 %. Gemäß § 341 f Abs. 2 HGB haben wir daher für Verträge, die mit einem Rechnungszins von 4% passiviert wurden, eine Zinszusatzreserve in Höhe von 880 TEUR innerhalb der Deckungsrückstellung gebildet.

Die Deckungsrückstellung für Lebensversicherungen, bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, wird individuell und retrospektiv ermittelt, indem die eingegangenen Beiträge nach Abzug von Risiko- und Kostenanteilen gutgeschrieben werden. Sie wird in Anteileneinheiten geführt und am Jahresschluss zum Zeitwert passiviert.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung für die Überschussbeteiligung wurde jeweils analog zum Verfahren bei der zugehörigen Hauptversicherung durchgeführt.

Die Mittel für die Schlussgewinnanteile der Folgejahre sind so bemessen, dass sich für jede Versicherung der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen Schlussgewinnanteils ergibt, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zur gesamten Versicherungsdauer entspricht, unter Berücksichtigung von Storno und Tod abgezinst mit einem Zinssatz in Höhe von 6,0 Prozent. Die versicherungsmathematische Berechnung des Schlussüberschussanteils erfolgte einzelvertraglich und prospektiv.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird durch Einzelfeststellung ermittelt und enthält auch die pauschal ermittelten Beiträge für die Schadenregulierung in der steuerlich zulässigen Höhe. Für die nach Abschluss der Einzelerfassung noch zu erwartenden Spätschäden wird eine Pauschalreserve gebildet. Die Anteile für die in Rückdeckung gegebenen Versicherungen wurden in Einzelberechnungen vertragsgemäß ermittelt. Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde gemäß dem koordinierten Ländererlass des Finanzministeriums Nordrhein-Westfalen vom 22. Februar 1973 ermittelt.

Aus der zum 31.12.2010 gebildeten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden im Geschäftsjahr 2011 Abwicklungsgewinne in Höhe von 326 TEUR (Vorjahr: 56 TEUR) erzielt, die im wesentlichen aus der Berufsunfähigkeitsversicherung resultierten

Die Bewertung der sonstigen Rückstellungen richtet sich nach der Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Durch die Einbeziehung der Gesellschaft in den Konzernabschluss der Delta Lloyd N.V., Amsterdam, verlegten wir einzelne Buchungsschlusstermine zeitlich nach vorne und grenzten die Zahlungsvorgänge über die sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten sowie über sonstige Vermögensgegenstände ab. Es ergeben sich dadurch keine nennenswerten Einflüsse auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktiva

Entwicklung des Aktivpostens A im Geschäftsjahr 2011

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr	Anteil in	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr	Anteil in
	TEUR	%	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
A.I Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13.397	3,41	1.640	-	-	-	406	14.631	3,59
A-II Sonstige Kapitalanlagen									
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	924	0,24	-	-	-	-	-	924	0,23
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	78.051	19,87	58.182	-	48.136	-	16.657	71.440	17,55
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	15.724	4,00	-	-	1.857	-	-	13.867	3,41
4. Sonstige Ausleihungen									
a) Namensschuldverschreibungen	96.499	24,57	-	-	11.499	-	-	85.000	20,88
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	151.851	38,66	69	-	10.048	-	-	141.873	34,86
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	900	0,23	107	-	170	-	-	837	0,21
d) übrige Ausleihungen	455	0,12	36	-	-	-	-	492	0,12
5. Einlagen bei Kreditinstituten	28.400	7,23	39.100	-	-	-	-	67.500	16,58
6. Andere Kapitalanlagen	6.600	1,68	6.485	-	2.641	-	-	10.444	2,57
Summe A II.	379.404	96,59	103.980	-	74.351	-	16.657	392.377	96,41
Insgesamt	392.801	100,00	105.620	-	74.351	-	17.063	407.008	100,00

Zu A. II. 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Art des Fonds/Anlageziel	Buchwert	Marktwert	Unterlassene Abschreibung	Ausschüttung
	EUR	EUR	EUR	EUR
Black Rock Asset Management	924.020	824.216	99.804	43.732

Eine jederzeitige Rücknahme der Fondsanteile ist möglich.

Die Bewertung erfolgt zum gemilderten Niederstwertprinzip gemäß §341b Abs. 2 Satz in Verbindung mit §253 Abs. 3 HGB. Die aufgeführten Ausschüttungen beinhalten anrechenbare Ertragssteuern und werden ertragswirksam vereinnahmt.

Zu A. II. 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Stille Last EUR	Grund für das Unterlassen der Abschreibung	Bemerkung
12.000.000	6.595.350	5.404.650	Europäischer Rettungsschirm	Griechenland
4.998.750	3.952.650	1.046.100	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)	Italien
18.211.500	17.832.655	446.095	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)	Slowakei
8.797.120	7.840.408	956.712	Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)	Spanien
27.432.220	27.994.802		Zinsschwankung (kein wesentlicher Wertverlust)	Sonstige
71.439.590	64.215.865	7.853.557		

Zu A. II 6. Andere Kapitalanlagen

Es handelt sich vorwiegend um Minderheitenanteile an Immobilien KG's bzw. Stille Beteiligungen.

Aktiva

Zeitwertangabe gemäß § 54 RechVersV

Aktivposten	2011		2010		2010		2011	
	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR	Stille Reserve TEUR	Stille Last TEUR	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR	Stille Reserve TEUR	Stille Last TEUR
A.I Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	14.631	14.900,00	269	-	13.397	13.800	403	-
A.II Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	924	824	-	100	924	1.014	90	-
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	71.440	64.216	630	7.854	78.051	68.009	604	10.646
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	13.867	15.279	1.412	-	15.724	16.794	1.070	-
4. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldverschreibungen	85.000	87.806	5.019	2.214	96.499	97.791	3.715	2.423
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	141.873	145.135	5.089	1.827	151.851	154.012	4.261	2.100
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	837	837	-	-	900	900	-	-
d) übrige Ausleihungen	492	492	-	-	455	451	-	4
5. Einlagen bei Kreditinstituten	67.500	67.500	-	-	28.400	28.400	-	-
6. Andere Kapitalanlagen	10.444	10.444	-	-	6.600	6.600	-	-
Summe A II.	392.377	392.533	12.150	11.995	379.404	373.971	9.740	15.173
Insgesamt	407.008	407.433	12.419	11.995	392.801	387.771	10.143	15.173

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Die Offenlegung von Zeitwerten der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen erfolgt gemäß den Vorschriften § 54 ff RechVersV.

Die Verkehrswertermittlung der Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden nach § 194 Baugesetzbuch (BauGB) und nach den Grundsätzen der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) ermittelt. Die Liegenschaften werden in einem regelmäßigen Turnus von 3 Jahren durch externe Sachverständige bewertet.

Für die Zeitwertermittlung von Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere war der Börsenkurs zum 30.12.2011 maßgebend.

Die Zeitwertermittlung der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte über den Renditefaktor.

Bei Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine, übrige Ausleihungen und Andere Kapitalanlagen sowie Einlagen bei Kreditinstituten wurde als Zeitwert der Buchwert herangezogen.

Die Gesamtsumme der Buchwerte der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen betrug 407.008 TEUR, der Zeitwert dieser Kapitalanlagen betrug 407.433 TEUR, so dass sich ein Saldo von 424 TEUR ergibt.

Die Ermittlung, Festlegung und Zuteilung der Bewertungsreserven zu der Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer ist im Kapitel Überschussbeteiligung für das Jahr 2012, Beteiligung an den Bewertungsreserven erläutert.

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten bewerteten Kapitalanlagen gemäß § 55 und § 56 RechVersV betrug 252,1 Mio. Euro (Vorjahr: 261,6 Mio Euro). Der Zeitwert der zum Nennwert bewerteten Kapitalanlagen gemäß § 55 und § 56 RechVersV betrug 155,3 Mio. Euro (Vorjahr: 126,2 Mio. Euro).

In den Buchwerten der Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Schuldscheindarlehen sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind folgende Werte enthalten, die wie Anlagevermögen bilanziert wurden:

Bilanzposition	2011 TEUR	2010 TEUR
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	924,0	0,0
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	71.440,0	78.050,5
Schuldscheindarlehen	141.873,0	0,0

Die Schuldscheindarlehen wurden wie im Vorjahr zum Nennwert bilanziert.

Dadurch wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen von insgesamt 10.953 TEUR (Vorjahr: 10.646 TEUR) vermieden.

Zu B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Zusammensetzung des Anlagestocks am Bilanzstichtag:

Fondsbezeichnung	Anzahl der Anteileinheiten	2011 EUR
ALL.PIMCO EURO RENTENFDS	(103,000)	5.329,22
ALL.PIMCO INT.RENTENFONDS	(493,000)	21.346,90
ALPHA TOP SELECT DYNAMIC	(14,000)	522,90
BGF-US FLEX. EQ. NAM.A2	(11.873,000)	143.689,50
BGF-US FLEX. EQ. NAM.A2	(0,000)	0,00
CARMIGNAC INVESTIS.A 3DE.	(13,000)	105.710,80
CARMIGNAC INVESTIS.A 3DE.	(0,000)	0,00
CONCENTRA A EUR	(3.902,000)	209225,24
CONCENTRA A EUR	(0,000)	0,00
DWS AKKUMULA	(1.458,000)	745.198,38
DWS AKKUMULA	(8.761,000)	4.477.834,71
DWS AKKUMULA	(0,000)	0,00
DWS AKKUMULA	(0,000)	0,00
DWS EUROPA STRAT. (RENT.)	(1.610,000)	63.434,00
DWS EUROPA STRAT. (RENT.)	(4.602,000)	181.318,80
DWS EUROPA STRAT. (RENT.)	(0,000)	0,00
DWS EUROPA STRAT. (RENT.)	(0,000)	0,00
DWS FLEXPENSION 2015 INH.	(4.361,408)	561.313,18
DWS FLEXPENSION 2015 INH.	(0,000)	0,00
DWS FLEXPENSION 2016 INH.	(381,920)	49.962,75
DWS FLEXPENSION 2016 INH.	(0,000)	0,00
DWS FLEXPENSION 2018 INH.	(1.443,553)	191.516,12
DWS FLEXPENSION 2019 INH.	(717,152)	97.453,76
DWS FLEXPENSION 2019 INH.	(0,000)	0,00
DWS FLEXPENSION 2020 INH.	(1.066,233)	143.429,62
DWS FLEXPENSION 2020 INH.	(0,000)	0,00
DWS FLEXPENSION 2021 INH.	(635,739)	83.548,85
DWS FLEXPENSION 2021 INH.	(0,000)	0,00
DWS FLEXPENSION 2022 INH.	(384,788)	50.030,10
DWS FLEXPENSION 2022 INH.	(0,000)	0,00
DWS FLEXPENSION 2023	(5.931,921)	760.353,57
DWS FLEXPENSION 2023	(0,000)	0,00
DWS FLEXPENSION II 2024	(364,246)	45.417,86
DWS FLEXPENSION II 2024	(0,000)	0,00
DWS FLEXPENSION II 2025	(0,000)	0,00
DWS FLEXPENSION II 2025	(30,501)	3.745,78
DWS FLEXPENSION II 2026	(0,000)	0,00
DWS FLEXPENSION II 2026	(2.652,498)	328.114,01
DWS TOP 50 WELT	(9.515,000)	498.681,15
DWS TOP 50 WELT	(0,000)	0,00
ELBE STRAT.PTF DEFENSIV A	(0,000)	0,00
ELBE STRAT.PTF DEFENSIV A	(5.295,893)	521.009,95
ETF-DACHFONDS P	(853,000)	10.389,54
ETF-DACHFONDS RENTEN P	(45,000)	516,15
F.TEM.I.-T.EM.M. A YDIS	(4.069,000)	101.197,27
F.TEM.INV-T.GL.BD A MDIS	(216,000)	3.145,92
F.TEM.INV-T.GWTH A ACC	(90.368,000)	839.518,72
F.TEM.INV-TEMPL.GL.A YD.	(566,000)	6.016,58
FID.FDS-EM.E.,MID.A-AC.EO	(1.001,000)	11.931,92
FID.FDS-EUROP.GWTH A GL.	(1.347,000)	11.687,92
FID.FDS-F.TA.2030 A AC.EO	(9,000)	76,43
FID.FDS-GERMANY A GL.	(64,000)	1.463,04
FID.FDS-JAPAN A GL.	(60,000)	56,47
FONDSSEL.SMR-SAUR.GL IN.A	(533,000)	4823,65
G+H V V BALANCE	(7.401,000)	307.585,56
G+H V V CHANCE	(8.043,000)	290.915,31
GAMAX FDS -MAXI BD NAM.A	(328,000)	1.984,40
HAUSINVEST	(259,000)	10.839,15
JPM INV-US BD FD A AC.DL	(101,000)	14.287,80
JPM-EMER.MKTS EQU.A D.DL	(1.396,000)	29.195,48
JPM-EUROPE SM.CAP A D.EO	(4.559,000)	137.453,85
NOMURA ASIA PACIFIC FONDS	(2.868,000)	270.767,88
SAUREN FDS-S.-GL S.GW.C A	(194,000)	3.233,98
SISF EUR.EQ.ALPHA A ACC	(78,000)	3.438,38
SISF GL I.LK BD A AC E HD	(170,000)	4.702,20
SWISS RK DACH.-WACHSTUM A	(49,000)	445,41
TOP TEN CLASSIC FCP R	(106,000)	6.351,52

Zeitwert/ Bilanzwert per 31. Dezember

11.360.211,68

Zu D. II. Andere Vermögensgegenstände

Hier werden voraus gezahlte Versicherungsleistungen an unsere Versicherungsnehmer erfasst, die bereits 2011 ausgezahlt wurden, die aber das Jahr 2012 betreffen.

Passiva

Zu A.I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 5.112.918,81 Euro.
Es ist eingeteilt in 1.000 auf den Namen lautende voll eingezahlte Stückaktien.
Die Delta Lloyd Deutschland Aktiengesellschaft, Wiesbaden ist mit 100 Prozent am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt.

Zu A.II. Kapitalrücklagen

	EUR
Stand 01.01.2011	3.600.000
Einstellung im Jahre 2011	6.800.000
Stand 31.12.2011	<u>10.400.000</u>

Zu A.III. Gewinnrücklagen

	EUR
1. Gesetzliche Rücklage	
Stand 01.01.2011	429.316
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2011	0
Einstellung aus der Umstellung der Altersteil- zeitrückstellung aufgrund BilMoG	0
Stand 31.12.2011	<u>429.316</u>

Zu B. Nachrangige Verbindlichkeiten

	EUR
Stand 01.01.2011	0
Zugang	6.900.000
Stand 31.12.2011	<u>6.900.000</u>

Zu C.IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2011	2010
Stand 01.01.2011	12.726.025	12.492.091
Entnahme für Gewinnanteile	875.288	1.012.777
	<u>11.850.737</u>	<u>11.479.314</u>
Zuführung aus dem Überschuss des laufenden Geschäftsjahres	<u>0</u>	<u>1.246.711</u>
Stand am Bilanzstichtag	<u><u>11.850.737</u></u>	<u><u>12.726.025</u></u>
Von der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen auf		
- bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Gewinnanteile	799.432	838.740
- bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussgewinnanteile	188.220	138.322
- den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der zur Finanzierung von Schlussüberschussanteilen zurückgestellt wird	3.929.577	3.585.395
- den ungebundenen Teil	6.933.508	8.163.568

Die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer und die Gewinnanteilssätze sind in den weiteren Angaben zum Anhang erläutert.

Zu E. II. Sonstige Rückstellungen

Es wurden Sonstige Rückstellungen in Höhe von Euro 170.000 für die Erweiterung der vermieteten Gewerbeimmobilie gebildet.

Eine Rückstellung für Archivierung wurde nicht gebildet. Entsprechende Aufwendungen der Delta Lloyd Lebensversicherung hierzu wurden im Rahmen des Funktionsausgliederungsvertrages der Hamburger Lebensversicherung AG belastet.

Zu F. Andere Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthalten im Wesentlichen 1.788.320 Euro Depoteinlagen und insgesamt 7.897.433 Euro für verzinslich angesammelte Gewinnanteile.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten sind ausgewiesen:	2011	2010
	EUR	EUR
Anzahlungen auf noch nicht polizierte Versicherungen	1.303.907	1.508.418
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
Verbindlichkeiten an verbundene Unternehmen	0	16.565
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt	51.547	84.676
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
Sonstiges	20.155	0
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
Verbindlichkeiten aus Grundbesitz, Lieferungen und Leistungen	31.301	0
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
	<u>1.406.910</u>	<u>1.609.659</u>

Latente Steuern

Zum 31. Dezember 2011 errechnet sich eine künftige Steuerbelastung aus niedrigeren Wertansätzen in der Steuerbilanz bei Beteiligungen aus Personengesellschaften. Dieser Belastung stehen Steuerentlastungen aus Bewertungsunterschieden von Fonds und Rückstellungen gegenüber. Insgesamt ergibt sich am Bilanzstichtag ein Aktivüberhang. Bei der Berechnung legen wir einen Steuersatz von 30% zugrunde. Aufgrund des ausgeübten Wahlrechts nach § 274 Abs.1 S.2 HGB, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern zu verzichten, ist daher kein Bilanzposten aufzunehmen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds- Finanzierungs - Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellung, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Die zukünftigen Verpflichtungen hieraus betragen für die Gesellschaft 0,05 Mio. Euro.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 0,41 Mio. Euro.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protaktor Lebensversicherung AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 Prozent der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 3,6 Mio. Euro.

Es besteht für die Gesellschaft die Verpflichtung zur Zeichnung von Immobilienfondsanteilen in Höhe von 3,6 Mio. Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

Selbst abgeschlossene Versicherungen	2011 EUR	2010 EUR
1. Einzelversicherungen		
Laufende Beiträge	11.479.762	12.177.724
Einmalbeiträge	178.691	1.149.496
	<u>11.658.454</u>	<u>13.327.220</u>
2. Kollektivversicherungen		
Laufende Beiträge	16.400.755	17.755.649
Einmalbeiträge	21.835	587.946
	<u>16.422.590</u>	<u>18.343.595</u>
3. Insgesamt		
Laufende Beiträge	27.880.517	29.933.373
Einmalbeiträge	200.526	1.737.442
	<u>28.081.044</u>	<u>31.670.815</u>
übernommene Rückversicherungen	0	0
	<u>28.081.044</u>	<u>31.670.815</u>

In den gebuchten Beiträgen des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts sind 685.211,09 Euro (VJ.: 720.127 Euro) Beiträge im Rahmen von Verträgen enthalten, bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird.

Zu I.3.b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

	2011 EUR	2010 EUR
Die Erträge aus anderen Kapitalanlagen beliefen sich auf:	15.348.178	14.922.344
Davon: Erträge für Fondsgebundene Lebensversicherungen	40.581	64.209

Zu I.10.a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen

	2011 EUR	2010 EUR
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	337.700	372.552
Davon: Aufwendungen für Fondsgebundene Lebensversicherungen	43.000	43.000

Rückversicherungssaldo

Der Saldo aus dem Rückversicherungsgeschäft gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. B RechVersV beläuft sich auf:	2011	2010
	TEUR	TEUR
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	387	397
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	9	9
Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle / Anteil der Rückversicherer	-11	-142
	<u>385</u>	<u>264</u>

Sonstige Angaben

Die Hamburger Lebensversicherung AG gehört zur Delta Lloyd Deutschland AG, in deren Konzernabschluss und -lagebericht sie einbezogen wird. Der Konzernabschluss der Delta Lloyd Deutschland AG wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Alle Anteile an der Delta Lloyd Deutschland AG gehören der Delta Lloyd N.V., Amsterdam/Niederlande, in deren Konzernabschluss die Hamburger Lebensversicherung AG ebenfalls konsolidiert wird. Seit Mitte 2011 wird die Delta Lloyd N.V., Amsterdam nicht mehr mehrheitlich der Aviva plc., London zugeordnet.

Die Gesellschaft hat keine eigenen Mitarbeiter. Die Verwaltung wird über Mitarbeiter der Delta Lloyd Lebensversicherung AG abgewickelt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf Seite 1 dieses Berichtes aufgeführt.

Die Mitglieder des Vorstands, die zugleich Vorstand der Delta Lloyd Deutschland AG sind, erhielten für ihre Tätigkeit keine gesonderte Vergütung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten für ihre Tätigkeit ebenfalls keine gesonderte Vergütung. An frühere Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats wurden keine Bezüge gezahlt und es bestehen für diese auch keine Pensionsverpflichtungen.

Kredite an Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrats bestanden zum 31.12.2011 nicht.

Gemäß § 285 Nr. 17 HGB wird die Aufschlüsselung des Gesamthonorars der Abschlussprüfer im Konzernanhang angegeben.

Wiesbaden, den 19. Januar 2012

Der Vorstand

Göldi

Roppertz

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Hamburger Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 23. Januar 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Alexander Hofmann
Wirtschaftsprüfer

ppa. Martin Eibl
Wirtschaftsprüfer

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzverlust beträgt 11.158.077 Euro zur Verfügung. Wir schlagen vor, diesen auf neue Rechnung vorzutragen.

Wiesbaden, den 19. Januar 2012

Der Vorstand

Göldi

Roppertz

Bericht des Aufsichtsrats

Wir haben den Jahresabschluss zum 31.12.2011, den dazugehörenden Lagebericht und den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzergebnisses geprüft. Mit dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzergebnisses sind wir einverstanden. Dem Lagebericht haben wir nichts hinzuzufügen.

Während des Geschäftsjahres haben wir uns - auch außerhalb der turnusmäßigen Sitzungen - durch Berichte des Vorstands laufend über die Geschäftsentwicklung und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen. Soweit nach der Geschäftsordnung für den Vorstand für einzelne Maßnahmen der Geschäftsführung die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, wurde diese jeweils einstimmig erteilt.

Die Prüfung durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung des Prüfers vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Auch gibt nach Auffassung des Prüfers der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar. Mit diesem Prüfungsergebnis stimmen wir überein.

Nach dem Ergebnis unserer eigenen Prüfung haben wir keine Einwendungen zu erheben. Wir billigen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss. Der Abschluss ist hiermit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Der Vorstand hat uns den Bericht nach § 312 AktG über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie den entsprechenden Prüfungsbericht hierzu vorgelegt. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt: "Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen."

Diesem Ergebnis schließen wir uns an.

Wiesbaden, den 23. Januar 2012

Für den Aufsichtsrat

Paul Kerst Medendorp

Überschussbeteiligung für das Jahr 2012

Den gewinnberechtigten Versicherungsverträgen werden 2012 folgende Gewinnanteile zugewiesen (im Vorjahr abweichende Sätze sind in Klammern [] genannt):

1. Gewinnpläne A (Kapitalversicherungen)

Bargewinnanteil

Der Bargewinnanteil besteht aus einem Zinsgewinnanteil in Prozent des Deckungskapitals, bei beitragspflichtigen sowie durch Ablauf der Beitragszahlungsdauer beitragsfreien Versicherungen zusätzlich aus einem Risikogewinnanteil in Prozent des Risikobeitrags und bei beitragspflichtigen Versicherungen außerdem aus einem Zusatzgewinnanteil (Grundgewinnanteil) in Promille der Versicherungssumme; er wird ggf. vermindert um einen Anteil für die Deckung der Beitragsfreiheit im Pflegefall (siehe unten). Der Bargewinnanteil wird als Einmalbeitrag zur Erhöhung der Versicherungsleistung verwendet (Bonus), sofern keine andere Verwendung vereinbart ist. Der Bonus ist als beitragsfreie Versicherung wiederum gewinnberechtigt.

Schlussgewinnanteil (für beitragspflichtige Versicherungen)

Ein im Jahre 2012 infolge der bedingungsmäßigen Anspruchsvoraussetzungen fällig werdender Schlussgewinnanteil bemisst sich für jedes beitragspflichtige Versicherungsjahr in Promille des Deckungskapitals zum Zeitpunkt der Fälligkeit. Bei den Tarifen mit Wachstumsplan wird die Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre den jeweiligen Erhöhungen entsprechend reduziert.

Mindesttodesfallbonus

Der Mindesttodesfallbonus wird in Prozent der Versicherungssumme festgesetzt; bereits zugeteilte Gewinnanteile sowie der bei Tod fällig werdende Schlussgewinnanteil werden hierauf angerechnet.

Beitragsbefreiung im Pflegefall (gilt - sofern vereinbart - für Versicherungen nach den Gewinnplänen A4, A7, A11, A14, A15 und A18)

Wird die versicherte Person im Jahre 2012 pflegebedürftig, so entfällt die weitere Beitragszahlung während der Dauer der Pflegebedürftigkeit. Die Beiträge für diese Leistung werden bei Gewinnplan A4 vorab den Bargewinnanteilen entnommen.

Gewinnsätze

Gewinnplan	Zinsgewinnanteil	Risikogewinnanteil	Zusatzgewinnanteil	Schlussgewinnanteil	Mindesttodesfallbonus
A4	0 %	35 %	0 ‰	1,65 ‰ ¹⁾	10 %
A7, A8, A11, A12	0 %	25 %	0 ‰	1,65 ‰ ¹⁾	10 %
A14	0 %	25 %	0 ‰	2,31 ‰ ¹⁾	10 %
A15, A16	0,25 %	25 %	0 ‰	1,65 ‰ ¹⁾	10 %
A18, A19, A21	0,75 %	25 %	0 ‰	1,65 ‰ ¹⁾	10 %

¹⁾ Der Schlussgewinnanteilsatz erhöht sich pro Jahr der Versicherungsdauer um 0,11 ‰.

Bei Risikozusatzversicherungen (Gewinnpläne A5, A9, A13, A17 und A20) wird im Todesfall des Versicherten die Versicherungsleistung um einen Todesfallbonus in Prozent der jeweiligen Versicherungssumme erhöht. Der Prozentsatz beträgt 50 % (Gewinnplan A5) bzw. 35 % (Gewinnpläne A9, A13, A17 und A20).

2. Gewinnpläne B (Risikoversicherungen)

Bei Versicherungen mit Todesfallbonus wird bei Tod des Versicherten die Versicherungsleistung erhöht. Der Todesfallbonus bemisst sich in Prozent der jeweiligen Versicherungssumme.

Bei Versicherungen mit Gewinnverrechnung werden die Gewinnanteile mit den Beiträgen verrechnet. Der Gewinnanteil bemisst sich in diesem Fall in Prozent des Beitrages.

Gewinnsätze

Gewinnplan	Todesfallbonus	Gewinnverrechnung
B12, B14 ¹⁾	35 %	25 %
B13, B15	50 %	35 %
B21, B22, B26, B27 ¹⁾	65 %	40 %
B23, B28 ¹⁾	35 %	25 %
B30, B31	65 %	40 %
B32	35 %	25 %

¹⁾ Wird die versicherte Person im Jahre 2012 pflegebedürftig, so entfällt die weitere Beitragszahlung während der Dauer der Pflegebedürftigkeit.

3. Gewinnpläne C (Rentenversicherungen)

Gewinnsätze während der Aufschubzeit

Der Bargewinnanteil besteht aus einem Zinsgewinnanteil in Prozent des Deckungskapitals sowie bei beitragspflichtigen Versicherungen außerdem aus einem Zusatzgewinnanteil in Prozent der jährlichen Rente. Er wird als Einmalbeitrag zur Erhöhung der Rente verwendet (Bonusrente), falls keine andere Verwendung vereinbart ist. Die Bonusrente ist als beitragsfreie Versicherung ebenfalls gewinnberechtigt.

Zusätzlich zum vertraglich vereinbarten jährlichen Gewinnanteil (Bargewinnanteil) wird ein Sondergewinn gewährt. Der Sondergewinn wird zur Finanzierung der aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erforderlichen Auffüllung der Deckungsrückstellung verwendet. Soweit nicht zur Finanzierung benötigt, wird der Sondergewinn dem Bargewinnanteil entsprechend verwendet. Bezüglich der Zusammensetzung gelten für den Sondergewinn die Bestimmungen des Bargewinnanteiles. Der Sondergewinn wird verzinslich angesammelt und wird, falls der Vertrag während der Aufschubzeit endet, ausgezahlt.

Ein im Jahre 2012 infolge bedingungsmaßiger Anspruchsvoraussetzungen fällig werdender Schlussgewinnanteil bemisst sich für jedes beitragspflichtige Versicherungsjahr in Promille des Deckungskapitals zum Zeitpunkt der Fälligkeit. Bei den Tarifen mit Wachstumsplan wird die Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre den jeweiligen Erhöhungen entsprechend reduziert.

Gewinnplan	Zinsgewinnanteil		Zusatzgewinnanteil		Schlussgewinnanteil
	Bargewinn	Sondergewinn	Bargewinn	Sondergewinn	
C3, C6, C10, C12, C14	0 %	0 %	0 %	0 %	-
C19, C20	0 %	0,50 %	0 %	0 %	0 ‰
C23	0,25 %	-	0 %	-	1,65 ‰ ¹⁾
C24	0,50 %	-	-	-	-
C27, C32, C36, C38	0,75 %	-	0 %	-	1,65 ‰ ¹⁾

C28, C33, C37, C39	1,00 %	-	-	-	-
-----------------------	--------	---	---	---	---

1) Der Schlussgewinnanteilsatz erhöht sich pro Jahr der Aufschubzeit um 0,11 ‰.

Gewinnsätze während der Rentenbezugszeit

a) Versicherungen mit jährlicher Rentenerhöhung:

Gewinnplan	Jährlicher Steigerungssatz
C3, C6, C10, C12, C14	0 % [0,10 %] ¹⁾
C19, C20	0,25 % [0,35 %] ¹⁾
C23, C24	0,50 % [0,60 %] ¹⁾
C27, C28, C32-C39	1,00 % [1,10 %] ¹⁾
C40	1,50 % ¹⁾

1) Hiervon entfallen 0 % [0,10 %] auf die Beteiligung an Bewertungsreserven (vgl. Ziffer 10).

b) Versicherungen mit Rentenzuschlag:

Die Versicherungen erhalten mit jeder Rentenzahlung einen Zuschlag. Der Zuschlag zur monatlichen Rente bemisst sich in Prozent des anrechnungsfähigen Einmalbeitrages bzw. des anrechnungsfähigen Deckungskapitals bei Beginn der Rentenzahlungszeit.

Gewinnplan	Rentenzuschlag
C3, C6, C10, C12, C14	0,003 % ¹⁾
C19, C20	0,018 % ¹⁾
C23, C24	0,033 % ¹⁾
C27, C28, C32-C39	0,063 % ¹⁾
0	0,093 % ¹⁾

1) Hiervon entfallen 0,003 % auf die Beteiligung an Bewertungsreserven (vgl. Ziffer 10).

c) Versicherungen mit teildynamischer Rente:

Bei den Versicherungen mit teildynamischer Rente werden die Gewinnverwendungen Jährliche Erhöhung und Rentenzuschlag kombiniert.

Gewinnplan	Jährliche Erhöhung	Rentenzuschlag
C19, C20	0 %	0,018 % ¹⁾
C23, C24	0 %	0,033 % ¹⁾
C27, C28, C32-C39	0 %	0,063 % ¹⁾
C40	0,75 % ²⁾	0,045 %

1) Hiervon entfallen 0,003 % auf die Beteiligung an Bewertungsreserven (vgl. Ziffer 10).

2) Hiervon entfallen 0 % auf die Beteiligung an Bewertungsreserven (vgl. Ziffer 10).

Bei Risikozusatzversicherungen (Gewinnpläne C4, C7, C8, C15, C22 und C31) wird im Todesfall des Versicherten die Versicherungsleistung um einen Todesfallbonus in Prozent der jeweiligen Versicherungssumme erhöht. Der Prozentsatz beträgt 50 % (Gewinnpläne C4 und C7) bzw. 35 % (Gewinnpläne C8, C15, C22 und C31).

4. Gewinnpläne D (Berufsunfähigkeits(-Zusatz)versicherungen, Erwerbsunfähigkeits(-Zusatz)versicherungen)

Bei Versicherungen mit Gewinnverrechnung werden die Gewinnanteile mit den Beiträgen verrechnet. Der Gewinnanteil bemisst sich in diesem Fall in Prozent des gewinnberechtigten Beitrages. Darüber hinaus wird im Jahre 2012 nach Ablauf des ersten Versicherungsjahres bei Erlöschen der Zusatzversicherung sowie bei Eintritt der Berufsunfähigkeit eine Schlusszahlung in Prozent der gezahlten Jahresbeiträge gewährt.

Bei Versicherungen mit Invaliditätsbonus wird im Leistungsfall die Versicherungsleistung erhöht. Der Invaliditätsbonus bemisst sich in Prozent der garantierten Leistungssumme.

Gewinnsätze

Gewinnplan	Gewinnverrechnung	Schlusszahlung	Invaliditätsbonus
D1	15 %	10 %	-
D2	20 %	-	-
D4 ¹⁾	20 %	-	25 %
D5	25 %	-	35 %
D6 ¹⁾	20 %	-	25 %
D7	25 %	-	35 %
D10 ¹⁾	25 %	-	35 %
D11	30 %	-	40 %
D12 ¹⁾	25 %	-	35 %
D13	30 %	-	40 %
D20-D23	30 %	-	40 %
D38-D41 ¹⁾	30 %	-	40 %
D42 ¹⁾	20 %	-	25 %
D43 ¹⁾	20 %	-	25 %
D44 ¹⁾	30 %	-	40 %
D46-D48 ¹⁾	30 %	-	40 %
D54-D56 ¹⁾	40 %	-	65 %
D57-D59 ¹⁾	30 %	-	40 %

¹⁾ Die Versicherten dieser Gewinnpläne können im Jahre 2012 die Assistenzleistung "Posaction", die eine qualifizierte psycho-soziale Beratung beinhaltet, nicht in Anspruch nehmen.

Bei Tarif BUZL wird bei Eintritt der Berufsunfähigkeit keine Schlusszahlung fällig.

Während der Zeit der Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit wird ein jährlicher Zinsgewinnanteil in Höhe von 0 % (Gewinnpläne D1-D23), 0,5 % (Gewinnpläne D38-D44) bzw. 1,0 % (Gewinnpläne D46-D59) des maßgeblichen Deckungskapitals gewährt. Er wird je nach Vereinbarung zur Erhöhung der Rentenzahlung verwendet oder verzinslich angesammelt.

5. Gewinnpläne F (Fondsgebundene Lebensversicherungen)

Der Bargewinnanteil besteht aus einem Risikogewinnanteil in Prozent des Risikobeitrages, einem Fondsgewinnanteil in Promille des Fondsguthabens sowie bei beitragspflichtigen Versicherungen zusätzlich aus einem Zusatzgewinnanteil in Prozent des Beitrages. Der Bargewinnanteil wird zur Anlage in dem zugrunde liegenden Fonds verwendet.

Gewinnsätze

Gewinnplan	Risiko-gewinnanteil	Zusatz-gewinnanteil	Fonds-gewinnanteil
F1, F2	-	-	-
F4, F16 ¹⁾	25 %	-	1,5 ‰
F17, F18	-	-	1,5 ‰

¹⁾ Wird die versicherte Person im Jahre 2012 pflegebedürftig, so entfällt die weitere Beitragszahlung während der Dauer der Pflegebedürftigkeit.

6. Verzinsliche Ansammlung von Überschussanteilen

Versicherungen, deren Überschussanteile verzinslich angesammelt werden, erhalten neben dem garantierten Rechnungszins einen Ansammlungsüberschussanteil in Höhe des jeweiligen Zinsgewinnanteils.

7. Fondsgebundene Gewinnanlage

Bei den Versicherungen der Gewinnpläne A4, A7, A11, A14, A15, A18, A21, B12, B14, B21-B23, B26-B28, B30-B32, C6, C10, C12, C14, C19, C20, C23, C24, C27, C28, C32, C33, C36-C39, D4, D6, D10, D12, D38-D43, D46-D48 und D54-D59 kann die Fondsgebundene Gewinnanlage vereinbart werden. In diesem Fall werden die vertraglich vereinbarten Gewinnanteile in einem Investmentfonds kumuliert.

8. Abgrenzung

Den gewinnberechtigten Versicherungsverträgen werden im Kalenderjahr 2012 die oben genannten Gewinnanteile zugewiesen. Soweit der Versicherungstichtag nicht mit dem Kalenderjahresbeginn übereinstimmt, gelten für Gewinnanteile, die vor dem Stichtag in 2012 zugeteilt werden, die Vorjahresgewinnsätze anteilig. Für die übrigen Gewinnanteile, die im Kalenderjahr 2012 zugewiesen werden, gelten in diesem Fall die voranstehenden Gewinnsätze anteilig.

9. Direktgutschrift

Die gewinnberechtigten kapitalbildenden Versicherungen erhalten eine Direktgutschrift in Prozent des maßgebenden Guthabens der Versicherungsnehmer. Sie beträgt

3,25 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 1,75 %,
2,75 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 2,25 %,
2,25 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 2,75 %,
1,75 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 3,25 %,
1,00 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 4,00 %.

Die Direktgutschrift beläuft sich jedoch maximal auf einen Betrag in Höhe des Zinsgewinnes gemäß oben stehender Deklaration. Die Direktgutschrift wird auf die Überschussbeteiligung angerechnet.

10. Beteiligung an Bewertungsreserven

Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind. Die Bewertungsreserven sorgen für Sicherheit und dienen dazu, kurzfristige Ausschläge am Kapitalmarkt auszugleichen. Die Versicherungsverträge werden nach einem verursachungsorientierten Verfahren an den Bewertungsreserven beteiligt (§ 153 VVG).

Die Bewertungsreserven im Sinne von § 153 VVG und deren Zuordnung auf die anspruchsberechtigten Verträge werden jährlich zum 31.12. neu ermittelt (Bewertungsstichtag). Soweit die Bewertungsreserven auf anspruchsberechtigte Versicherungsverträge entfallen, werden sie diesen Verträgen zur Hälfte zugeordnet. Die Zuordnung auf den einzelnen Vertrag erfolgt dabei nach Maßgabe der Höhe des Deckungskapitals und der Dauer, in der es vorlag. Sofern an einzelnen Bewertungsstichtagen keine Bewertungsreserven vorhanden waren, bleiben hierbei Zeiten unberücksichtigt, die vor diesen Stichtagen lagen.

Anspruchsberechtigt sind die Hauptversicherungen der Gewinnpläne A4-A21 und C3-C40.

Der zugeordnete Teil der Bewertungsreserven wird bei Beendigung der Ansparphase ausgezahlt. Bei aufgeschobenen Rentenversicherungen wird – sofern sie in den Rentenbezug übergehen - der zugeordnete Teil bei Rentenbeginn verrentet.

In der Rentenbezugszeit werden Rentenversicherungen über eine angemessen erhöhte laufende Überschussbeteiligung an Bewertungsreserven beteiligt. Abweichend vom zweiten Absatz ist hierfür der Stand der Bewertungsreserven zum Quartalsende vor Deklaration maßgeblich.

Buchhalterisch erfolgt die Auszahlung bzw. Verrentung in Form einer Direktgutschrift.

Wiesbaden, den 19.01.2012

DER VORSTAND

(Göldi)

(Roppertz)